

Die Polizei
eröffnet jeden Mittwoch um 8 Uhr
und ist durch die
Postamt, Postfiliale, A.B.
und durch Postagenten zu bezahlen.
Weltverteilungskarte 2.50.
Postkarte 20 Pf.
Postkarte 20 Pf.
Postkarte 20 Pf.
Postkarte 20 Pf.
Postkarte 20 Pf.

3. Exemplar 2.50
Bereit für die entsprechende
Ausgabe wird keine Kosten
zu entrichten.
für Ausgaben der Postamt und
Postagentur-Karten
15 Pfennige
Rückgabe Karte 10 Pf.
Anträge für die Adressen-Karten
müssen bis Sonntagabend
an die Postamt abgeschickt werden.

Döbberndorf

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telefon
Redaktion 3141.

Telefon
Expedition 1206.

Nr. 208.

Dienstag, den 7. September 1909.

20. Jahrgang

Zu der Menschheit Höhen.

Aus dem Haupt des Göttervaters Zeus entsprang die jungfräuliche Göttin Pallas Athene in voller Größe und Kraft, gewappnet aus Licht. Unter mächtigem Schlachtruf schwang sie den Speer, der Olymp erbebte, es dröhnte die Erde und staunend hielt der Sonnengott seinen Wagen an...

Das Athenewunder der griechischen Göttersage können wir jetzt alle Tage erleben. Was bisher nur in Menschenköpfen gelebt hat, tritt mit einem Male in voller Körperlichkeit vor unsere Augen. Bleriot überflog mit seiner ballonlosen Kraftmaschine den Kanal, Zeppelin reiste durch einen ununterbrochenen 28-Stundenflug den durch unverhülltes Flugzeug auf bedrohten Auf seiner großen Erde. Endes lehrt der Major v. Parleveld, obgleich nicht einer der Meistgenannten, doch der Tüchtigsten einer, aus Frankreich von der großen Kriegerwoche zurück, überwältigt von der Größe des Geschehenen, und voll von dem Gedanken, seine Kraft und Erfahrung nun ganz in den Dienst der Flugmaschinentechnik zu stellen, der die Zukunft gehört. Und mitten in diesen ungeheuren Trubel überwältigender Botschaften tönt nun vom elektrischen Funken aus hohem Norden hergetragen eine Stimme, die uns verbündet, daß der Nordpol entdeckt ist und daß auf dem Achsenpunkt des Erdballs die Großerfahrt der Menschheit steht. So bringt die Fülle neuen Werdens von allen Seiten betäubend auf uns ein, daß wir sie kaum fassen können. Erst der Hörort wird zu schildern vermögen, was der Sommer 1909, der unfreundlichste einer, den uns die Natur bescherte, an neuen Reichtümern der Kultur über uns ausgeschüttet hat.

Was jetzt wirklich geworden ist, was war es vorher? Weniger als eine Athene im Hause des Zeus! Eine Idee in Menschenköpfen, ein brennender Wunsch, eine lodende Phantasie. Vielen war es bloß eine lächerliche Einbildung, ein bloßer Spuk, eine Marotte, und wenn sie von einem sprachen, der solchen Träumen nachging, deuteten sie vielsagend nach der Stirn. Das sind die Leute, die das Athenewunder nie begreifen, die nie verstehen werden, daß aus einem Kopfe etwas Lebendiges kommen kann, weil ihr eigener nichts als totes Gerümpel beherbergt. Das ist der Böbel aller Stände, der die Mütze in die Lust wirft vor dem Sieger, den er gestern noch als Narren hohnte.

Jahrtausend alte Träume der Menschheit sind verwüstet. Und dennoch — es trete einer vor und wage zu sagen: „Eure Wünsche sind erfüllt, was Ihr gewollt habt, ist erreicht, Ihr seid wahrhaft glücklich!“ Ein Hohngeflächter der Millionen wird ihm antworten.

Nein, die Wünsche der Menschheit sind nicht erfüllt, ihre höchsten Ideen harren noch der Verwirklichung.

Noch trenni der Schlagbaum der Grenze die Nation von den Nationen, noch starrt die Welt in Waffen, und unsere modernen Kannibalen werken die großen Fortschritte der Technik nur nach der Kraft der Zerstörung, die durch sie gewonnen wird. Noch lebt die ungeheure Masse der Menschen in Elend und Unzweckheit — und wie bei der Weihnachtsfeier im großbürgерlichen Hause die Dienstboten, mit verlegenem Lächeln ihr Geschenk in den Händen haltend, an der Freude der reich beschenkten vollwertigen Familienstädter teilnehmen, so höchstens nimmt heute noch die große Masse Anteil an der üppigen Bescherung, die die moderne Technik auf den Läden der bestinkenden Klasse aufstellt. Die Arbeitersklasse darf sich in ihrer Ecke befreien des Lichterglanzes freuen und dankbar sein, wenn auch für sie etwas abfällt.

Der stürmische kulturelle Fortschritt, der sich in den letzten Monaten und Wochen vor unseren Augen vollzogen hat, ist weit davon entfernt, uns zu befriedigen; er stachelt unsere Wünsche nur noch mehr auf. Großes ist geschehen, doch das ist eben und Großteile müssen noch getan werden. Und das Beste, das uns die großen Ereignisse der letzten Zeit gegeben haben, das war neue Zuversicht in die Macht der Idee, die über alle Widerstände der toten Materie und der menschlichen Denkträchtigkeit triumphiert.

Doch ist freilich noch eines zu bedenken: Nach der Griechenrage mußte erst Hephaestos, der Schmied, das mächtige Haupt des Kronion mit einem durchwarten Hammerbläge spalten, ehe sich ihm die erfundungsreiche Göttin entringen konnte. So ist es auch bei den großen Siegen menschlicher Denk- und Willenkraft nicht ohne Schädelhämmer gegangen. In den Kriegen, die die Knochen und Zahnbretter zu ihrem Ziele führten, stehen die Kreuze der Gefallenen reihweise. Der tragische Tod des Deutschen Bismarck entflammte jenseits des Ozeans den Eifer der Freiheit, der zu so bedeutenden Erfolgen der Flugtechnik führte. Ja, gewiß gibt es auch ein unbedachtes Wagnis, das nicht viel mehr als bloße Vorheit ist, aber ebenso gewiß gibt es ein entschlossenes Wagnisentragen, das nicht viel weniger ist, als gewöhnliche Feigheit. Kein Weiser wird uns im Voraus mit unfehlbarer Gewissheit zu sagen vermögen, wo zwischen den Alpenen der Seitenextreme der richtige Weg hindurchgeht, sondern nur die

Erfahrung, die gemacht werden muß, kann uns Wegweiser sein. Darum steht auch die Sympathie der Menschheit stets denen näher, die zu viel wagen, als jenen, die zuviel bedenken.

Ein großer Kampf um die Zukunft der Menschheit wird jetzt in Schweden gekämpft. Der Bourgeoisphobie höhnt über die deutschen Arbeiter, die ihre Groschen an eine so aussichtslose Sache verschwenden. Doch darf man ruhig der Geschichte das Schiedsgericht anvertrauen zwischen denen, die da lästern und spotten und den anderen, die von den Schweden lernen, daß eine große Sache auch große Opfer wert ist. Und würde es selbst ein Misserfolg, wären die Opfer dann umsonst gebracht? So wenig, wie die Opfer umsonst gebracht wurden, die der Fortschritt der Wissenschaft und Technik im Polarreich und auf den Flugsfeldern forderte! Nicht Opferwilligkeit und Mut allein, sondern Fähigkeit, die letzt Zurecht kennt. Zuversicht, die sich durch Fehlschläge nicht erschüttern läßt, müssen sich berennen, wo große Gedanken nach Verwirklichung ringen. Und unter Schmerzen, Enttäuschungen, Mißschlägen — dennoch, dennoch, es geht vorwärts!

Der Biermillionenfonds und die Tabakarbeiter.

In Trebbin wandten sich 122 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen am 19. August mit Unterstützungsgefällen an das Königlich Preußische Steueramt in Trebbin, um dort zu erfragen, ob beim Steueramt oder bei welcher anderen Behörde diese Gesuche einzurichten wären. Die Unterstützsteller wurden von den unteren Beamten darauf verlacht, daß sie schon jetzt nach Geld kämen. Von Geld erhalten war ja eigentlich noch gar keine Rede. Nach Verlauf von einer Stunde ließ sich dann auch der Herr Zollinspektor sprechen, dem dieselbe Frage vorgelegt wurde. Der Herr Zollinspektor erklärte, daß, da seine Behörde keine Anweisung bekommen habe, das Hauptzollamt in Potsdam zuständig sein müsse. Darauf wurden am 23. August 76 Gesuche und am 25. August weitere 46 Gesuche, jedes einzeln mit einer 10 Pf.-Mark franziert, an das Potsdamer Zollamt eingezahnt.

Am 26. August brachte der Briefträger die ersten 76 Gesuche zusammen an den Bevollmächtigten des Tabakarbeiter-Verbandes der Trebbiner Zahlstelle zurück. In dem beigefügten Schreiben wurde gesagt, daß das Hauptzollamt nicht zuständig sei, und wegen Vorbeharrnis die Gesuche nicht an die einzelnen Absender zurückgegeben werden. Nach den Mitteilungen der Tagespresse wurde wohl die Polizeiverwaltung in Trebbin die maßgebende Stelle für die Einreichung der Gesuche sein. Darauf ging am 26. August der Bevollmächtigte zum Bürgermeister in Trebbin, trug ihm die Sache vor und zeigte ihm das Schriftstück des Hauptzollamtes. Auch der Herr Bürgermeister hatte noch keine Anweisung und versprach deshalb, sich sofort mit dem Landrat des Kreises in Verbindung zu setzen. Um 5 Uhr des selben Tages wurde der Bevollmächtigte zum Bürgermeister bestellt und ihm eröffnet, daß auch der Landrat nichts wüßte. Der Bürgermeister versprach, beim Hauptzollamt anzufragen. Diese Anfrage ging am 28. August, Abends, ab. Am 30. August fragte der Bevollmächtigte beim Bürgermeister an, wie es mit der Sache stehe. Er erhielt zur Antwort, daß bis jetzt noch kein Bescheid vom Hauptzollamt eingetroffen sei. Nun begab sich der Bevollmächtigte sofort per Rad zum Hauptzollamt nach Potsdam, um dort die Antwort mündlich in Empfang zu nehmen. Hier wurde er auf dem Hofe in „Audienz“ empfangen und ihm in streng militärischem Tone eröffnet, daß noch keine Verfügung ergangen sei.

Als die Sache der Gauleitung des Verbandes bekannt wurde, sandte diese den Genossen Börner aus Berlin am 2. September nach Trebbin. Börner begab sich mit zwei Beauftragten der Trebbiner Tabakarbeiter zum Bürgermeister und zeigte ihm die Anordnungen, die vom preußischen Finanzminister und Minister für Handel und Gewerbe zu den Ausführungsbestimmungen zu Artikel 2 a des Tabaksteuergesetzes erlassen worden sind, wonach die Gemeindebehörden für die Einreichung der Unterstützungsanträge zuständig sind, also in diesem Falle das Bürgermeisteramt in Trebbin die Anträge aufzugeben hätten. Der Herr Bürgermeister erklärte bereitwillig, daß er sich unter Beilegung dieser Verordnung — vor der er sich schriftlich genommen wurde — nochmals sofort an das Hauptzollamt in Potsdam wenden würde. Am Vorigen erklärte er sich zur Empfangnahme der zurückgesandten 76 Unterstützungsgefälle bereit.

So steht die Sache zur Zeit! Bei unseren Behörden ist es kein Mensch, was er mit den Unterstützungsgefällen anfangen soll. Und die arbeitslosen Tabakarbeiter warten, bis nach diesem Hin und Her erst einmal die „zuständige Stelle“ für die Einreichung der Unterstützungsanträge festgesetzt ist, und sie leben einschließlich ihres Sparguts, die sie sich bei ihrem Durchmittleinskommen den kurzfristig jährlich 602 Mark ausrechnen können. Sie kann arbeiten preußische Behörden im Reiche der fortwährenden

Sozialreform, wenn es sich um Unterstützung der durch die Volkshilfe brotlos gemachten Arbeiter handelt.

Sofern geht vom Bevollmächtigten in Trebbin die Nachricht ein, daß er am 3. September vom Hauptzollamt in Potsdam benachrichtigt wurde, daß jetzt laut Anweisung das Hauptzollamt in Potsdam für die Unterstützungs-Anträge zuständig sei. — So kann nun der Trebbiner Bürgermeister die 76 Gesuche und die anderen 46, die er nicht erst zurückgesandt hatte, an die zuständige Behörde einreichen. — Mit 14 Tagen soll die Unterstützung einziehen. Nach 19 Tagen wissen die Trebbiner Tabakarbeiter, nun aber schon, welche Behörde ihre Anträge entgegennimmt. Wann wird die Erledigung der Anträge erfolgen?

Politische Übersicht.

Die geplante Einigung der Liberalen scheint in immer weitere Ferne zu rücken und droht gänzlich von der Bildfläche zu verschwinden. Die „Freiunige Zeitung“ das führende Organ der Liberalen drückt in ihrer Nummer 208 vom 5. September eine längere Zuschrift eines Parteifreundes ab, ohne ein Wort der Kritik anzufügen. Der Briefschreiber betont, daß einer Vereinigung der in Frage kommenden Parteien — Freiunige Volkspartei, Freiunige Vereinigung und Deutsche Volkspartei — zunächst eine Einigung ihrer Abgeordneten, Wähler und ihrer Presse vorausgesehen hat. Erst nachdem durch die drei Parteien eine grundsätzliche Einigung über die Hauptfragen des öffentlichen politischen Lebens und über die Grundrichtung ihrer Behandlung erzielt und festgelegt ist, erscheint die Vereinigung der Parteidorganisationen spruchreif. Die Erfüllung dieser Voraussetzung scheine aber weiten Kreisen, besonders der Volkspartei und der Freien Vereinigung — noch nicht gegeben; deshalb nehme man eine sehr zurückhaltende Stellung ein. Man hat das Gefühl — so meint der Einender — daß wohl eine Reihe Parlamentarier und weite Kreise der Wähler der Freiunigen Vereinigung, von denen der Volkspartei durch nichts als durch den Namen geirrt sind, daß aber andererseits die Vereinigung auch Elemente in sich birgt, denen es sehr schwer werden würde, sich mit der Freiunigen Volkspartei zu einer Partei so verschmelzen zu lassen, daß die neue Partei als ein einheitliches, nach außen einheitlich austretendes Gebilde erscheint. Mit einem Wort: Man sieht noch nicht genug Einigung zwischen den Parteien und ihrer Presse, um die Vereinigung schon riskieren zu können. Vor einer Fusion über den Kopf der Mitglieder wird in der Zuschrift gewarnt, weil die Geschichte der Vereinigung von 1884 recht wenig geeignet ist, zur Nahahmung zu reizen. Auch wird bezweifelt, daß durch den Zusammenschluß die Stolz- und Werbekraft der Parteien und ihr Einfluß im Parlament ohne weiteres eine Steigerung erfahren würde. Vielleicht könnte ohne vorangegangene grundsätzliche bindende Einigung auch in Fragen des Aufstrebens der einzelnen Vertreter der Parteien im Parlament, in Versammlungen und in der Presse leicht das Gegenteil eintreten. Besonders sei es die Freiunige Vereinigung, die bisher so wenig Selbstdisziplin an den Tag gelegt hat. Der Artikelsschreiber kommt zu dem Schluss:

Angesichts dieser Sachlage erscheint eine Verschmelzung der Freiunigen Volkspartei mit der Freiunigen Vereinigung noch verfrüht und die Aufrechterhaltung des ursprünglichen Freundschaftsverhältnisses der beiden Parteien bis auf weiteres als das richtigste.

Der Liberalismus wird seine vier bis fünfsäcige Entwicklung aufrecht halten und sich darüber möglicher, daß es in der einzigen Sozialdemokratie mehrere Richtungen gibt.

Kaisersgeburtstag in Darss-Salaam. Ein einzigartiges Bild einer patriotischen Festlichkeit in Ostafrika entwirft ein in der „Ostl. Tageszeit.“ veröffentlichter Aufsatz. Dort wird erzählt:

Es ist in Ostafrika üblich, daß die deutsche Kolonie jeden Geburtstag eines deutschen Landesrates durch Befestigungen in Darss-Salaam feierlich begiebt. In solchen Tagen erhält der Regierungsbeamte die zweite Lageshälfte frei. Es ist das eines der Mittwochen, durch die man ihn mit der deutschen Gesellschaft in verbinden hofft. Da machen die Inden gute Gesellte. Die Regierungsschänen teihen sich mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln, indem der Regierungsbeamte seine gesamte Karriere in Potsdam anstrengt bleibt. Wenn die deutschen Herren ihre Feierlichkeit beobachten, ist fast immer die Hälfte der Regierungsbeamte bereits in Potsdam vertreten. Dieses die anderen Regierungsschänen des Staates vertritt. Als Befestigung dienen diesen Tagen die Befestigungen, die dem Staate ein kostbares Aussehen geben. Das Ende der Feier aber bildet eine sehr feierliche Zusammenkunft, die die ganze Stadt einnimmt, die sie sich während aller gelegentlichen Beobachtung sich als einzige erkennen.

Mit Grauen wendet sich der gebissene Normalprinzip von solchen Radikalismen ab, und mit unweichsamen Recht folgt auch der Verfasser dieser Schriftung mir ihnen, daß der Schwarze, selbst wenn er sich patriotisch gebietet, ein „Vereinigter“ bleibt, das „nur durch Pragel“ zu erlangen. Denn allgemeine Befreiung bei Kaisergeburtstagsfeiern in ostafrikanischer Weise ist das einzige Unberechtigte, wie oft auch dieser Schriftsteller die Partei der Freiheit in Ostafrika leer bleibe. Man betrachte dagegen diese Schrift-

Rat wessen „wunder nun, was man ihnen gestattet, sich stinks zu betrinken“, noch ehe die weißen Herren — wie hieß es doch? — „ihre Feindseligkeit begonnen haben“. Das Recht des Vorantritts bei solchen patriotischen Anlässen muss der weißen Herrenrasse unbedingt gewahrt werden! Wo bleibt da die Polizei?

Neben die Wahlauksichten der Kreisauksungen in Halle a. S. schreibt die „Nationalzeitung“ vom 3. September:

Die freiliegende Kandidatur in Halle a. S. scheint nicht sehr glücklich gewählt zu sein. Wie wir dem Schlußblatt der Provinz Sachsen entnehmen, haben sich in einer Deputation, die vor einiger Zeit in Halle stattfand, die Vertreter des Kreisverbands gegen Herrn Reimann als geschworen. Sie waren darüber, daß der Führer und Sprecher der Kreisauksigen Volkspartei, Gustav Gassel, in seiner Eigenschaft als Stadtvorsteher die Versprechungen nicht gehalten habe, die er im Landtag den Deputaten in Bezug auf die Gleichstellung mit den Verwaltungs-Sekretären machte. Besonderskeiten, die so großen Theorie und Praxis amtierten, mögliche man mit dem allergrößten Misstrauen begegnen. Die Ausstellung der Kandidatur Reimann wurde darauf gegen die 6 Stimmen der anwesenden Leute bestanden. Da bestandlich auch Vertreter des Mittelpunktes stand gegen die Kandidatur Reimann ausgeschlossen haben, so scheint die Aussicht auf einen neuen Sieg über die Sozialdemokratie in Halle schwächer zu werden. Es wird großer Aufmerksamkeit der bürgerlichen Parteien bedürfen, um trotzdem diesen Sieg beobachtet zu haben.

Auch die „Post“ wendet sich gegen Herrn Reimann.

Trotzdem schreibt die „Westfälische Zeitung“:

Die Reichstagswahl in Halle scheint einen für den freien Wähler unverhohlenen Sieg für den sozialdemokratischen Kandidaten Reimann gesicherten Verlauf zu nebstem. Sicherlich werden nach verzögten, wie uns aus Halle a. S. berichtet wird, die Konservativen auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten bestehen. Da auch die Nationalliberalen die freiliegende Kandidatur Reimann verurtheilen, so wird eine Versplitterung der bürgerlichen Stimmen verhindert werden.

Wortarten!

Einen Trost für die neuen Steuern hat ein alter Bürger der Stadt Altona in Westfalen entdeckt. Er steht im „Altonaer Kreisblatt“:

Als ich auf der Einberufung dem Kaiser in sein ernstes malestatisches Auge gesehn und das liebe Gesicht unserer gemeinsamen Vaterlandsmutter angesehen, da hatt' ich's verstanden, daß neue Steuern ausgesetzt werden sind ... Als wohin aber die Steuern nicht mehr fliegen würden ... die Schultern, die klarer gewesen waren als die unteren, die neuen Steuern abgewälzt, dann wohin wir zeigen, daß wir sie tragen wollen!

Na, wenn's viel solche Esel gibt, sind ja die Jungen faul raus. Die Einfalt ist so immer gewesen, die sie zu verrichten gemacht hat, auf der Demut des Volkes gründen sie ihre Habucht und ihre Herrschaft.

Korruption. Nach dem Brände in Donaueschingen wurde bekanntlich eine recht große Geldsumme durch allgemeine Sammlungen aufgebracht, bei deren Verteilung die einflussreichsten und befugenden Kreise in unverhüllter Weise bestohlen worden sind.

Die Soche ist rücksicht geworden; unzige bürgerliche Partei verlangte kategorische Entstörung, und da natürlich und kommunale Beamte an der Verteilung fastes Interesse hatten, und sich Liberalen und Zentrum angehören, so unter ihnen bestanden, ist ein heftiger Streit zwischen den Blättern beider Richtungen entstanden. Erklärung auf Erinnerung folgt, und in jeder nach letzten Endes ausgegeben werden, daß sowohl die Liberalen als auch die Liberalen erklärten, daß sie auf keinen Fall auf einen Anteil vom Hilfsgebetsonde nicht verzichten. Der Hilfsgebetsonde lud diese Kommunen in einer öffentlichen Erklärung zu rechtfertigen, aber es gelang ihm nicht, da er sichere Nachweise weder und sich mit allgemeinen Ausreden über die unlösliche Situation hinwegschafft. Bekannt ist allmählich geworden, daß der zentrale bürgerliche Landtagsabgeordnete und jetzige Landgerichtsrat Wittmann 3200 Mark, der 11.11.11. allein von dem Kaiser und der Obersteuerinspektion einen etwas geringeren Summe belohnt. War bestreitbar, daß in der Versammlung in Donaueschingen, in der die Verteilung der Hilfsgebetsonde besprochen wurde, die Art und Weise, wie zum Beispiel Wittmann und Fleischmann ihre Schadensforderungen vertreten, auf die entwendeten 3200 Mark bestreitig und auf den Hilfsauschub einen sehr

fondoraren Eindruck gemacht hätten. Das ist ohne weiteres zu glauben, denn die Befehlenden erhielten in ihren Heuerberichten — Wittmann allein 17.000 Mark — und sie befinden sich und befinden sich noch heute in gut dotterten Staatsstellungen.

Es wird bestehend immer bringender, öffentliche Rechnungslegung des Hilfskomitees verlangt. Das ist umso notwendiger, als gerade für Donaueschingen im August vorigen Jahres die Wiederbemühungen in allen Städten Deutschlands rechtlich gaben, während die eigentlichen Festzeiten sich mehr für das Zeppelin'sche Opfer der Echterdingener Katastrophe begünstigten.

Eine Kriegervereinsrede gegen die Steinbrücke Berger. Anlässlich der Feste und Weiherede zur Einweihung des neuen Kriegerdenkmals in Sagan führte Bürgermeister Achilles aus:

Eine Mannung ist besonders angebracht in unserer Zeit, wo sich ein immer mehr heraustrittender Feind in sichtbar macht, wo gewisse Kreise der Bevölkerung selbst, wenn ihnen hohe Summen unverblümten Gewinnes zufallen, es unter fahrlässigen Auslöschungen ableben, auch nur den kleinen Teil von dem ihnen willkürlich zugestellten Vermögenszuwachs auf den Altar des Vaterlandes zu opfern.

Das geht gegen die Erbschaftsteuerverweigerer und die Gegner des Wissenssteuer. Wenn Achilles diesen selchen Druck ausüben soll, werden sie ihn in die Ferse stechen! Der Geldsack ist ein giftiger Wurm!

Kein außerordentlicher deutscher Städteitag. Mehrere Gemeinden Groß-Berlins hatten an den Vorstand des Deutschen Städteages das Ersuchen gerichtet, anlässlich der Reichsfinanzreform einen außerordentlichen Deutschen Städteitag einzuberufen. Oberbürgermeister Kieschner hat die Einberufung des Städteages jedoch abgelehnt und in dem Ablehnungsschreiben an die Gemeinden u. a. folgendes mitgeteilt:

Die Frage, ob sich die Einberufung eines außerordentlichen Deutschen Städteages aus Anlaß der Reichsfinanzreform empfehle, hat der Vorstand bereits in einer Sitzung, wegen des Planes der Reichssteuerabwickelung, beschäftigt. Es ist damals eine solche Tagung für Innoverta erachtet worden. Mit Rücksicht darauf, daß inzwischen von den Magistraten zu Schöneberg und Charlottenburg und vom Rat in Dresden beantragt worden ist, auf einem außerordentlichen Städte-Tag eine gesetzliche Reichsfinanzreform-Einberufung zu nehmen, habe ich die Mitglieder des Vorstandes, soweit sie dem preußischen Herrenhaus anhören, anlässlich der Tagung dieses Hauses nochmals zu einer Abstimmung eingeladen, auch den übrigen Mitgliedern des Vorstandes die Teilnahme an der Versammlung angeboten. In dieser Konferenz hat der Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Städteages keine Unterstützung gefunden. Was war im Geiste des Antrags, daß es nicht angenommen ist, die verschiedenen Städteverbände auf einem Städteitag zu beschließen, da jedestadt auf eine baldmöglichst einheitliche Stellungnahme mit Sicherheit nicht gerechnet werden kann?

Sehr mutig Klingt diese Abweisung gerade nicht, wenn man bedenkt, wie sehr die Städte allein durch die Talontsteuer belastet werden.

Der Fal Schäckling wird bestimmt wieder von sich reden machen. Wie dem „Berliner Tageblatt“ telegraphisch gemeldet wird, ist die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht als Verurteilung instanz auf den 21. September angelegt worden.

Eine alte Justizschule ausgewiesen! Die russische Polizeiagentur Tutschenko hat dem Berliner Korrespondenten der Moskauer Zeitung „Ruskoje“ mitgeteilt, daß sie ausgewiesen worden sei und Berlin im Laufe der nächsten drei Tage verlassen müsse. Sie sei auf die Polizei geladen worden. Dort habe man ihr mitgeteilt, daß ihre weitere Unfreiheit zu Unzuträglichkeiten führen könnte, und daß sie deshalb Preußen verlassen müsse. Von der russischen Polizei wurde ihr angeraten, nach Brasilien zu fahren. Sie lehne dies ab und will in einem Ort Europas Aufenthalt nehmen.

Ein Aufsatz mit Schutzappellen in Kamerun. Die „Amerikanische Zeitung“ meldet: Ein Reichscolonialamt wird aus

Kamerun gemeldet: Etwa 60 tarbige Soldaten der in Bandojo siedelnden 4 Kompanie der Schutztruppe für Kamerun verliehen am 14. Juli bewaffnet ihre Station, um in Oppo dem Sitz des Kommandos der Schutztruppe, wegen verschiedener Kompetenzstreitigkeiten befreit zu führen. Es handelt sich qualifiziert in erster Linie um das für die farbigen Soldaten im

Interesse der Schlagfertigkeit der Truppe erlassene allgemeine Verbot, mehr als ein Weib und einen Boy zu halten, während bei der sogenannten Kompanie manche Leute nachweislich bis 5 Weiber und 8 Boys hatten. Die bis hier den Soldaten entstehenden Verpflegungs-Schwierigkeiten und Geldverlusten ziehen dann die Ungesiedeltheit hervor. Dem energischen Marschieren der Europäer der Kompanie und ihrer sich tapfer handelnden farbigen Dienstgrade gelang es, die Leute unweit der Station ohne Waffenwelt zur Rückkehr auf die Abgabe des Gewehrs zu bewegen. Die „Abelschäfer“ werden in strengen Gewahrsam genommen. Die Abbildung der ganzen Kompanie hat inzwischen stattgefunden. Dieses Vorkommnis rechtfertigt aufs neue das Bestreben des Reichskolonialamts, die Unverlässlichkeit der farbigen Soldatentruppen durch Einschaffung ländereidenden Mannschaftsvertrages zu befreien.

Also wird der Vorfall zur Erhöhung der Kamerun-Ausgaben ausgeschlachtet werden!

Städtische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Kölner Stadtverordneten teilte die Verwaltung mit, daß für den kommenden Winter eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, gegen die besondere Maßnahmen erforderlich sein werden, mit deren Ausarbeitung die Verwaltung der Stadt Köln beschäftigt ist. Freitag wird eine Kommission der größeren Städte Westdeutschlands zusammentreten, um gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere gemeinsam den Arbeitsnachweis zu regeln.

Vorbereitung für servatisches Blaublätter in der Schule. In Saarbrücken (Westhavelland) verbreitete der Sohn des Gemeindeschulwärters im Schulzimmer während der Abwesenheit des Lehrers kontrarevolutionäre Blaublätter und Broschüren, in denen die Haltung der kontrarevolutionären Partei zur Reichsfinanzreform vertheidigt wird. Der Sohn hatte die Schriften von seinem Vater mit der Weisung erhalten, sie den Schülern unterzuherrschen und übermittlung an die Eltern mitzugeben. Der Lehrer soll, als er die Tatsache bemerkte, sie als ungültig geklungen haben.

Schädigung der Lehrer durch das preußische Schulunterhaltungsgesetz. In den Vororten Berlins werden nicht weniger als 1173 Lehrkräfte um insgesamt 127.080 Mtl. durch neue geistliche Verhüllungen dadurch geschädigt, daß sie an Mietseinführung wesentlich weniger erhalten als bisher. Der auf einen Lehrer entfallende Berlin schwankt zwischen 380 bis herunter zu 10 Mtl.

902 Lehrer verlieren 104.840 Mtl., 64 Lehrerinnen büßen 8745 Mark und 210 Lehrerinnen 18.985 Mtl. ein.

1176 Lehrkräfte müssen also zusammen auf 127.080 Mtl. verzichten.

Die Preiszulagen von 800 Mtl. sinken in den Berliner Vororten auf 800, 700, 600 bis 550 Mtl. herab.

Die Lehrer wollen bei Schwarzkoppen vorstellig werden; ob das aber etwas nützt, ist eine andere Frage.

Der Landrat des Kreises Cleve sendet uns folgende Befürchtigung:

In Ihrer Nummer 200 vom 28. August 1909 bringen Sie als Beispiel für die Abhängigkeit der Kreisblätter eine Zeitschrift aus dem „Berliner Tageblatt“. Hierach ist der Landrat des Kreises Cleve bei dem Vertrag des Clever Kreisblattes rezipient, habe diesen wegen eines nach den Kaiserausgaben gebrachten Artikels über gewisse gefährliche Hoffnungen entzweit und zur Rede gestellt und die fortwährende Entlassung des Redakteurs verlängert, andererseits dem Blatt der amtlichen Charakter entzogen werden möchte. Auf Grund des § 11 des Preschgesetzes erfuhr ich Sie um Aufnahme folgender Befürchtigung:

In Ihrer Nummer 200 vom 28. August 1909 bringen Sie als Beispiel für die Abhängigkeit der Kreisblätter eine Zeitschrift aus dem „Berliner Tageblatt“. Hierach ist der Landrat des Kreises Cleve bei dem Vertrag des Clever Kreisblattes rezipient, habe diesen wegen eines nach den Kaiserausgaben gebrachten Artikels über gewisse gefährliche Hoffnungen entzweit und zur Rede gestellt und die fortwährende Entlassung des Redakteurs verlängert, andererseits dem Blatt der amtlichen Charakter entzogen werden möchte. Auf Grund des § 11 des Preschgesetzes erfuhr ich Sie um Aufnahme folgender Befürchtigung:

Der in dem erwähnten Artikel geschilderte Vorgang ist vollständig erfunden.

Das „Berliner Tageblatt“ wird sich nun zu äußern haben, woher die falsche Nachricht stammt.

Immer wieder „grober Unfug“. Acht Genossen, die in Königsberg festgenommen waren, weil sie bei der Wahlrechtsdemonstration am 31. Januar Hochrufe auf das Wahlrecht ausgetragen hatten, wurden vom Schöffengericht zu je 15 Mtl. Strafe verurteilt. In der Verhandlung mußten jedoch die Angeklagten freigesprochen werden, da nicht genau festgestellt werden konnte, daß sie wirklich gerufen hatten. Der Verteidiger, Reichsstaatsanwalt Hause, wies darauf hin, daß man Hochrufe politischer Tendenzen oft höre, wenn partizipative Unruhen veranstaltet würden und hohe Verbindlichkeiten der Stadt Berlin abstellen. Bei derartigen Gelegenheiten wird in den Hochrufen kein grober Unfug erkennbar. Es ist deshalb ganz unverständlich, warum Hochrufe auf eine Wahlrechtsreform, die in der Chronik bereits angezeigt sei, grober Unfug seien fallen. Das Gericht ging auf die Einwände des Verteidigers nicht ein.

Der antijudaistische Reichstagabgeordnete Böhme, der

Vertreter des neuen nationalliberalen Bauernbundes wird und dann auf der Aktion Liebermann antritt, sucht nun auch schon zur Anfechtung seiner persönlichen Streitigkeiten Unterstreich in der „Nationalzeitung“. In der letzten Nummer vom 8. September d. J. wehrt er sich gegen die ihm angesetzte Wandausgabe der Legierung. Es heißt in der Notiz:

„Doch die Zeitungen glauben sich berufen, dem Abgeordneten Dr. Böhme den Rat zu geben, sein Mandat niederzulegen. Einige

Zeitungswellen“.

Die Soche ist rücksicht geworden; unzige bürgerliche Partei verlangte kategorische Entstörung, und da natürlich und kommunale Beamte an der Verteilung fastes Interesse hatten, und sich Liberalen und Zentrum angehören, so unter ihnen bestanden, ist ein heftiger Streit zwischen den Blättern beider Richtungen entstanden. Erklärung auf Erinnerung folgt, und in jeder nach letzten Endes ausgegeben werden, daß sowohl die Liberalen als auch die Liberalen erklärten, daß sie auf keinen Fall nicht verzichten. Der Hilfsgebetsonde lud diese Kommunen in einer öffentlichen Erklärung zu rechtfertigen, aber es gelang ihm nicht, da er sichere Nachweise weder und sich mit allgemeinen Ausreden über die unlösliche Situation hinwegschafft. Bekannt ist allmählich geworden, daß der zentrale bürgerliche Landtagsabgeordnete und jetzige Landgerichtsrat Wittmann 3200 Mark, der 11.11.11. allein von dem Kaiser und der Obersteuerinspektion einen etwas geringeren Summe belohnt. War bestreitbar, daß in der Versammlung in Donaueschingen, in der die Verteilung der Hilfsgebetsonde besprochen wurde, die Art und Weise, wie zum Beispiel Wittmann und Fleischmann ihre Schadensforderungen vertreten, auf die entwendeten 3200 Mark bestreitig und auf den Hilfsauschub einen sehr

nicht vergessen hatte, in welcher Stellung May an meiner Brust gelegen hatte. Immerhin glaube ich doch, daß sie meine volle Unschuld willig anerkannte.

Was wurde denn aus dem Vogabunden? fragte ich schnell, um das Gespräch nicht auf die verfängliche Situation kommen zu lassen. Ich habe auf dem ganzen Wege keinen Menschen gesehen!

Ich habe einen Augenblick meiner Tochter nach, deren plötzliches Davonlaufen mich natürlich in hohem Grade übertraf. Als mir dann der Mann wieder einfiel, drehte ich mich nach ihm um; aber er war verschwunden.

Würden Sie ihn erkennen, wenn Sie ihn wiedersehen.

Ganz gewiß. Es war ein ganz auffällig widerwärtiges Individuum.

Da Frau Dorothea den Mann nicht erkannt hatte, so konnte dieser nicht ihr Sohn gewesen sein, wie ich einen Augenblick davor gesagt habe.

Was ich noch sagen wollte. Herr Doktor, begann die alte Dame nach einer kurzen Pause wieder. Ich will noch immer durchaus noch mein Wort.

Nun, vielleicht wäre es das ratsamste, sie gehen zu lassen.

Wer warum denn nur?

Die Ruhe des Landaufenthalts scheint doch Ihren Verdacht nicht eben gut zu belohnen. Ober sind Sie anderer Meinung? Wir könnten daraus mal versuchen, welche Bildung der Trubel des Herrn Doktors Lebens ausübt. Außerdem rate ich Ihnen dringend, Ihre Gräulein Tochter von einem anderen großen Verwandten unterzuladen zu lassen. Ich bin immerhin doch nur ein junger Anfänger, der noch nicht lange in der Praxis steht — und ich müßt daran denken, daß ich mit diesem Zug nichts anzufangen weiß.

Ich verstehe — Sie befürchten, meine Tochter sei getötet.

Aber wahrscheinlich nicht! antwortete ich. Ich glaube mir, daß Ihre Tochter ernstlich in Unordnung sind. Wenn es noch länger so weiter geht, wird ihr Zustand bald bedenklich sein.

Wenn Sie wünschen, will ich zu dem Spezialisten gehen, den ich für den geeigneten halte, und will mit ihm verabreden, daß er so bald wie möglich Ihre Tochter untersucht.

Ich danke Ihnen.

Da Sie mir zur Verfügung stehende Zeit so gernlich herum

war, so bat ich, meine Patientin noch einmal sehen zu dürfen, um mich zu überzeugen, daß der Scherz ihr nichts getan hat.

(Fortsetzung folgt.)

Das Haus gegenüber.

Criminal-Roman von G. Seitz.

(Nachdruck verboten.)

Sie zog die Augenbrauen一起, und es kam mir vor, als ob ein schwaches Lächeln ihre Lippen umspielte.

„Ich hoffe, Sie haben die Blumen erhalten, die ich gestern Ihnen zusandte, mir erlaubt.“

„Ja, Sie haben sie denn nicht mein Bräutchen empfangen, das Ihnen dafür dankt? Die Blumen waren wirklich schön.“

„Sie wußten leicht den Blutz des Himmels auf die Worte bezahlt, die einen so wütigen Brief nicht rechtfertig bestellt.“

„Diesmal war nicht mehr daran zu zwecken — ein schwaches Lächeln umspielte ihre Lippen. Das ermunzte mich zu weiteren Fragen: „Woher die Rosen stammen können, wie die ich das erste Mal sah? Ich bekam sie in einem anderen Brief.“

„Herr, ich hatte diesen wirklich nicht gelesen.“

„Sie waren eben dem nächsten zu lösen, und rief in einem Tone seine Braut:

„O, was sagtest du von mir gebürtig haben! Was müssen Sie mir wie denken?“

„Sie sagten, Sie waren nicht jähren und entzückt.“

„Sie waren Sie mir, ich empfand für Sie die größte Zärtlichkeit und Zärtlichkeit. Niemals würde ich Sie mir auch nur einen einzigen Fehler, irgend etwas zu trü

und sogar so naiv, vom Deutschen Bauernbunde zu verlangen, er solle in diesem Sinne auf Dr. Böhme einwirken... Weber der Deutsche Bauernbund, noch Dr. Böhme, denser irren sie davon, in dem gewünschten Sinne zu handeln. Die Behauptungen der liberalen Korrespondenz, Dr. Böhme verdanke seine Wahl lediglich dem Bunde der Landwirte, die Bündler hätten auch die Abwolsten der Wahlzeit geahnt usw., entsprechen keineswegs den Tatsachen. Die Mittel, die der Bunde der Landwirte für die Wahlzeit hergab, beweisen noch nicht ein Siebenmal dessen, was Dr. Böhme aus eigener Erfahrung für die Wahlzeit angewandt hätte. Dr. Böhme kennt bestehend garnicht daran, das Mandat wiederzugeben. Eine kontraktionsfähige Kandidatur hätte auch nicht die geringsten Aussichten.

"Ich habe ja mein Mandat bezahlt, was wollt ihr denn — so reicht nicht der Jude, sondern der Antilevit!"

Nationale Poete. Die nationale Poete macht sich nicht selbst das Vergnügen, etwas weniger gelungenen poetischen Werken schlichter Arbeiter, wie sie mitunter in der sozialdemokratischen Poete gebracht werden, dem Spott ihrer Leiter aus den "bestehenden und gebildeten" Klassen zu überliefern. Es ist daher nur ein Art ausschließender Gerechtigkeit, wenn wir einige Verse im "Bommer Anzeiger", sondern in der Berliner nationalliberalen "Nationalzeitung" erscheinen ist und das Überwältigungsbüro am unschuldigen Humor darstellt, das uns seit langem vorgekommen ist. Weil doch der Sänger der "Nationalzeitung" selbst aus dem Marcoliniostadt und der Altecausalte poetischen Gong zu laugen, der sich folgendermaßen lehrt:

Die Schmerzenlast Marollo

Erbliebend auf Dir lag,

Wie glühender Strom

Beklagte Dich die Schwach.

Doch spannt Du in eine alte

Die welsche Arglist ein,

Und einem großen Lalte

Gelang's, uns zu bestreiten.

Naßlich liegt auch das verste Albion seinen Teil ab:

Ob ena' und ena're Kreise

Der Helle um uns zaa.

Dich schreit' ohne jede

Tu hiel' st' die Rähne hoch.

Mit unserer Flotte, dem Heere,

Mit Sabzburg in neuem Dunk

Erichisch Du uns neue Ehre (?)

Und schlägst sie (die Ehre ?) auf den Mund.

Wolle man höchst sein, so könnte man sagen: Hier hat ein Held seinen Sönen aufzumachen. Aber das wäre ungerecht. Charakteristisch ist diese Reimerei nicht für den Beurteilungen, sondern nur für den intellektuellen Zustand des Nationalliberalismus, der sich nicht einmal in Berlin ein anständig redigiertes Blatt lassen kann.

Bur Reichstagswahl in Stollberg-Schneeberg. die morgen Dienstag stattfindet, wird bemerkt, daß nach einem Beschluss der Verantwortlichen des Bundes der Landwirte die Mitglieder des Bundes der Landwirte aufgefordert wurden, Mann für Mann für die nationalliberalen Kandidaturen des Schuldirektors Vorwerk einzutreten.

Europa

Eine gewaltige Friedensdemonstration wurde im Anschluß an die internationale Gewerkschaftskonferenz von der französischen Arbeitsgemeinschaft veranstaltet. Als Redner traten auf: Appleton (England), Legien (Deutschland), Compere (Belgien-Staaten), Todescini (Italien), Barrio (Spanien), Souhau und Pivato (Frankreich). — Vorort sagte: Ich will nicht erzählen, was man im Falle eines Krieges tun muss, sondern was wir getan haben. Unsere Regierung verhaftet jetzt die Teilnehmer am Kampf und die sich ferngehalten haben. ... Wenn der Konflikt fortbaut wird, werden wir Euch auffordern, die spanischen Schiffe und Waren zu beschlagnahmen, um die spanische Bourgeoisie, die den Krieg gewollt hat, zugrunde zu richten. Legien betonte, daß die deutschen und die französischen Arbeiter einander nicht als Feinde betrachten, sondern als Kampfgenossen gegen den gemeinsamen Feind Kapitalismus. So gut wie die spanischen Arbeiter müßten auch die deutschen und französischen Arbeiter sich einverstehen widersehen, was sie noch viel erfolgreicher vermöchten. Mögen die Bourgeoisie sich selbst schlagen, wenn sie wollen, aber nicht den Arbeiter ins Feld schicken! Souhau war bestrebt, daß man nun nicht mehr sagen könne, die englischen und deutschen Arbeiter stimmen hinsichtlich des Antikapitalismus mit den französischen nicht überein. "Wir werden die Kriegserklärung mit dem Generalstreik beantworten, die Aussöhnung zur Menschenmehrheit mit der Befreiung der Völker!" Eine Resolution wurde angenommen, die erklärt: 6000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erklärten sich einmütig in ihrem Abscheu vor dem Krieg; einmütig entschlossen, zur Verhinderung eines Krieges jedes mögliche Mittel anzuwenden; entschlossen, einer Kriegserklärung die Erklärung des Generalstreiks und die Revolution entgegenzusehen. Sie senden den Ausbruch der Solidarität und Bewunderung ihren Brüdern in Spanien und Schweden und überall zum Kampf für Befreiung und Revolution. Alle Völker sind Brüder. Nieber die Revolution als den Krieg!"

Die mächtige Kundgebung, an der sich etwa 10.000 Menschen beteiligten, hat den begreiflichen Zorn der Gegner erzeugt. Der gehörige "Tempo" ärgert sich besonders über die Aufführungen Legiens. Er wies ihm Unverschämtheit vor und bedrohtigt ihn, daß er zu Hause anders rede. Es gab diesen Nachdruck des Chauvinismus natürlich nicht, wenn ihrer Kultur, die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen und den "unpolitischen" französischen Arbeitern die deutschen Sozialdemokraten als patriotische Rüsterstabnäbe entgegenzuhalten, der Boden entzogen wird. Hier haben wir ja nicht anders.

Marokkanische Schmerzen. Die monetären Ausgaben an Kriegsgold für die spanischen Einheiten belaufen sich auf die kleinste Fert von 1.721.000 Pesetas.

Die Beschiebung von Alhucemas durch die feindlichen Truppen wurde fortgesetzt. Das Feuer wurde von spanischer Seite lediglich erwidert. Auch der Kreuzer "Rumania" beteiligte sich daran. Die Verluste sind noch nicht bekannt.

Der "Tempo" erzählt aus Algier, daß dem gleichzeitig mit dem 20.9. gekommenen französischen Gold, trotzdem nichts um Gnade bat, von einem Feind der es als Gold durchsuchen würde. Dieser Feind, namens Baffra, hatte noch kurz vorher den von der französischen Willkürkönigin ausgebildeten Typus angefordert. Der Korrespondent des "Tempo" gibt eine Anerkennung des Sultanats Muley Hassib wieder, welche er wahrscheinlich im Kreise von Intimen gezaubert hat und welche lautet: "Ich warte nur, bis meine Freiheit voll ist, dann werde ich den heiligen Krieg erläutern und die Franzosen aus dem Lande jagen."

Ein Anarchist erfunden oder gefunden. Der Gouverneur der Dardanelles ließ einen aus Odessa unter falschem Namen eingetretener Anarchisten namens Markar verhaften, der, wie man vermutet, nach der Tötung gekommen war, um einen anderen gegen den ausführlich gesetzten Verlust zu verteidigen. Seit einigen Tagen ist die russische Polizei in Konstantinopel informiert, daß russische Anarchisten sich zurzeit in Konstantinopel aufzuhalten.

Der Zugang des Russen zum Persien. Die Verhandlungen der Regierung mit dem höheren Schad sind breit. Dieser verläuft bis zum 20. September unter starker Bedrohung und geht nach Russland. Ein Jahreslohn kommt bei 100.000 Rubeln. Die Regierung hilft sich aus der gegenwärtigen Geldverlegenheit durch fremdländische Beiträge, die von den Reichstagen eingezogen werden. Sie kostet, so 800.000 Rubeln zu erlangen.

Aus russischer Quelle verlautet, daß wohl infolge der Drohung mit dem Herannahen russischer Truppen zur Bewachung des schärferen Schad zwischen diesem und der neuen Regierung eine endgültige Einigung nunmehr erwartet wird, wonach der schärferen Schad keine sämtlichen Güter in Russland an den Staat abtrete, diese dafür seine Schulden bezahlt und ihm eine jährliche Rente von 100.000 Rubeln unter der Obhut der russischen Bank zusichert.

Rechts Obersterbürde der Personeinfälle gegen die Russen eine volle Stunde durch den Dampfer "Jenay", der einen Rad unter derselben durchfahren wollte, aufgehoben wurden. Der Rad hatte sich vor einem Rückenfeuer direkt losgesetzt, das es erst nach einer Stunde gelang, demselben wieder flott zu machen. Anfolge dieser Verzögerung konnten die Dampfer die Schiffsplattformen nicht innerhalb.

* **Autosammlung.** Sonntag Nachmittag 4½ Uhr fuhr am Universitätsplatz das Karl-Automobil der Feuerwehr an einen Motorwagen der Elektrischen Straßenbahn an und riß das Schuhstück des Raderrades los. Der Motor erhielt keinen Schaden, sodass die Bahn bald weiterfahren konnte. Das Automobil wurde nicht beschädigt. Der Motorfahrer und die Passagiere kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

* **Gelehrten wurden mehrere Portemonnaies mit Juwelen, ein goldene Damenuhr, eine Hundemarke, eine silberne Brosche mit sechs Steinen, ein goldenes Pinzet, eine goldene Brosche mit zwei Stein und Urkundenbücher, fünf Bibliotheksstücke, Legalisationsschriften und ein Regenmantel.** — Verloren wurden ein Palet mit fünf Gros-Messingbeschlägen, ein goldener Fingertring mit einem Schlangenkopf, eine goldene Damehrne mit langer goldenen Kette, ein Handtuch, ein Regenschirm mit Silbergriff, ein dunkler Sommerüberzieher, ein Münzenarmband, ein Papierbeutel mit drei Goldschüssen und eine Matrosenmütze. — Am 29. v. M. hat ein Nachtwachtwachttücher einen Fahrgaß, der vom Hauptbahnhof nach der Kurfürststraße fuhr, ein Gehmarktfest zu wenig herausgegeben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. September.

Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung tritt am Donnerstag dieser Woche zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Eine Anzahl kleiner Vorlagen liegen noch vom Juni her zur Beratung und Abstimmung vor, so die Bestimmungen über Errichtung von Fleis- und Umzugskosten für städtische Beamte und Angestellte, die Bewilligung der Wehrlosen für die Kaiserbrücke, die Wahl eines Anleihe-Sonderausschusses und der Abschluß der Stadtbaukasse. Unter den neuen Vorlagen wird beantragt, daß Stand-Geld für den Töpmarkt auf dem Neumarkt auf sechzig Pfennige pro Quadratmeter und vier Tage zu bemessen, ferner einen Teil des Oldtschiner städtischen Besitzes zur landwirtschaftlichen Nutzung zu verpachten. Die Gemeinde ist verordnungsfähig, muss eine Rendierung einfahren, welche die teilweise Besteuerung der bisher ganz neuverierten Beamten berücksichtigt. Vom Gewinn der Breslauer Straßenbahn fallen der Stadt für das Jahr 1908 438.188 Mark zu, das sind 70.000 Mark weniger als veranschlagt. Das städtische Hans auf der Matthiashütte soll für das Jugendheim zur Verfüzung gestellt werden.

Der Magistrat erachtet ferner, mit der Kirchengemeinde von St. Barbara einen Vertrag abzuschließen, nach dem der östliche 7435 Quadratmeter große Teil des geklossenen Bützbaulichthofs am Striegauer Platz zur Anlage eines Schnupfplatzes für 148.700 Mark erworben wird. Nach dem neuen Schnupfplatzplan soll der größere, westliche Teil des Friedhofes der Kirchengemeinde zur baulichen Ausnutzung überlassen und der östliche Teil als öffentlicher Schnupfplatz hergerichtet werden. Über die Erwerbung der letzten, 7435 Quadratmeter großen Fläche für die Stadtgemeinde ist inzwischen mit der Kirchengemeinde unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtvorordneten-Versammlung ein Vertrag geschlossen worden. Danach soll die Fläche von 7435 Quadratmetern für 20 Mark pro Quadratmeter zusammen für 148.700 Mark, und die 912 Quadratmeter große Wegfläche zwischen dem West des Friedhofgrundstücks und dem Klosterrum Schnupfplatze, die nur als Zugang zu den Häusern auf dem Friedhofsweg vermutet werden soll, unentbehrlich der Stadtgemeinde überlassen werden. Der Kaufpreis von 20 Mark pro Quadratmeter entspricht nach der Schätzung der Kaufleitung dem Vertrage, der in letzter Gegebe für Bauland gezahlt worden ist und ist im Hinblick auf die unentbehrliche Übereignung des genannten Wege als angemessen zu bezeichnen. Es ist nicht anzunehmen, daß er bei Erteilung der Fläche erhöht wird. Die Übernahme der auf 5300 Mark geschätzten Kosten für die promenadeartige Gestaltung des Weges, sowie der Kosten für seine Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung auf die Stadtgemeinde entspricht dem Brauche und der Willigkeit, da das Wegeland unentbehrlich abgetreten wird.

* **Die politische Dienstmädchen-Versammlung.** Die Auslegung des neuen Vereinsgesetzes macht in Breslau immer größere Fortschritte. Heute hat das Schöffengericht entschieden, daß eine öffentliche Dienstmädchen-Versammlung, in der auch nur nebenbei die mittleralterliche Gesinnung erwähnt wird, eine politische Versammlung ist und daher der Polizei angemeldet werden muß. Endlose Petitionen hielten war anderer Meinung. Es veranstaltete am 27. Juni dieses Jahres eine öffentliche Versammlung für Dienstmädchen, Waschfrauen, Bettenschriften, ohne sie anzumelden, weil für gewerkschaftliche Versammlungen eine polizeiliche Anmeldung nicht besteht. Der Einbrecher konnte sich auf den § 6, Absatz 2, des Reichsbetriebsgesetzes rüsten, wo ausdrücklich gesagt wird, daß Versammlungen der Gewerbetreibenden, Geschäftsmänner und Gelehrte usw. zur Erhaltung gütiger Wohn- und Arbeitsbedingungen nicht angemeldet werden brauchen. Es ist doch ärgerlich zweitseitig, daß hier nur eine solche Versammlung abgehalten wurde. Gel. Bader aus Berlin sprach damals über das Thema: "Recht freie Zeit für die Hausangestellten" und kam dabei selbstverständlich auch auf die Gefindeordnung zu sprechen, und mußte das tun. Daraus aber zu schließen, daß die ganze Versammlung eine politische war, ist gewiß durchaus verkehrt. Es kommt doch auf den Zweck der Versammlung an, der kein anderer war, als die Hausangestellten zum Kampf für eine bessere Existenz aufzurufen. — Das Urteil des Schöffengerichts, das am 20. März gefallen ist, ist unbedenklich mit den späteren Bestimmungen und dem Geiste des Reichsbetriebsgesetzes und wird hoffentlich von einer höheren Instanz aufgehoben werden.

* **Vom Töpmarkt.** Die bisher auf dem Lessingplatz abgehaltenen Töpmärkte sollen, weil infolge des Baues der Brücke erbrücke der vorhandene Raum nicht mehr ausreicht, und der Platz nach Fertigstellung der Brücke hierfür nicht mehr wird verwendet werden können, nach dem Neumarkt verlegt werden. Dieser Platz ist hierzu bereits einmal, am 22.—25. August d. J., benutzt worden. Er hat sich als vollständig ausreichend und die Einschätzung sowohl für das laufende Bühlertum, als auch für die Händler zuverlässig erwiesen. Da nun die Unterhaltung des Lessingplatzes nur geringe, die des mit Asphalt belegten Neumarktes aber höhere Unterhaltungskosten verursacht und den Veräufern ein viel besserer Platz in Bezug auf die Lage und die Unterunft im allgemeinen geboten wird, erscheint es dem Magistrat angebracht, das Standort so weit für den Töpmarkt auf dem Ringe festzulegen. Dieses ist auf 15 Pf. für den Tag und Quadratmeter bestimmt worden. Für den Neumarkt wurden bisher für die ganze Dauer von vier Tagen 50 Pf. für den Quadratmeter erhoben. Durch die Erhöhung auf 60 Pf. wird also das Standgeld dem des Töpmarktes gleichgestellt.

Der Magistrat bemerkte bei dieser Gelegenheit noch, daß er die Absicht, den Töpmarkt auf dem Neumarkt abzuhalten, aufgeben mußte, weil das östliche Polizei-Revier sehr zeitig aus Verkehrsräumen sich nicht damit einverstanden erklären konnte. Der Markt wird daher auf dem Ringe unter Befestigung des Bürgerplatzes abgehalten.

* **Monierversammlung.** Dienstag, den 7. September Abends 8 Uhr, im Saale des Gewerbeschulhauses. Kollege Köster spricht über: Die bissigsten Monier im Baugebiete und die Arbeitsmarktsituation der Unternehmer.

* **Wichtung, Rammere und Gitsdarbeiter!** Mittwoch, den 8. September, Abends 7 Uhr: Versammlung im Gewerbeschulhaus, Zimmer 8 und 9.

* **Sabotage-Zensur.** In die Etappe am Mittwoch Abend 6 Uhr wird hierdurch nochmals erinnert.

* **Stirring im Dampferverkehr.** Im Dampferverkehr im Unterwasser trat am Sonntag eine Eiszunge auf, indem an der

Neueste Nachrichten.

Bündler und Liberale.

Karlshafen, 6. September. (S. T.-B.) Die gestern hier tagende Landesversammlung des Bundes der Landwirte wurde von dem Freiherrn v. Bodenau-Rös. mit einer Ansprache über die politische Lage eröffnet. Er beschuldigte die Liberale einer unverantwortlichen Haltung, wobei die Nationalliberalen recht schlecht weg kamen. Dabei forderte er aber diese doch auf, zu den staatsverhältnissen Partei zu rütteln zu lehren. Dr. Oertel-Berlin schüttelte den Gang der Reichsfinanzreform. Die Liberalen, nicht die Konservativen, hätten den Block gesprengt und den Rücktritt Billows verschuldet.

Der Entdecker des Nordpols.

Copenhagen, 6. September. (S. T.-B.) Das zu Ehren des Nordpolentdeckers Cool im heiligen Hallen veranstaltete Festbankett nahm einen glänzenden Verlauf. 400 Herren und Damen der ersten Copenhagen-Gesellschaft nahmen an dem Festteil. Der Handelsminister hielt die eigentliche Festrede. In seiner Dankrede erklärte Dr. Cool unter anderem folgendes: So ich habe der Nordpol entdeckt das ist mein größtes Resultat, nie würde ich aber den Pol gefunden haben, wenn ich nicht die rechten Hunde und die rechten Eskimos gefunden hätte und für die gute Hilfe aus Grönland bin ich dem dänischen Staat dankbar. — An dem Freiherrn Seestoff nahm auch der Ministerpräsident Graf Sosstein teil.

Griechenlands Zukunft.

Paris, 6. September. (S. T.-B.) Der "Tempo" verzögert neuerdings das Gericht über eine geplante Abdankung und prüft die Frage, ob diese Abdankung eine Ablösung der griechischen Krone bedeuten würde. Die Antwort ist aber ein unumstößliches Nein. Die Abdankung des Königs würde die Schwierigkeiten nicht beenden, wohl aber neue schaffen. Sie würde für Griechenland neue Gefahren bedeuten, besonders das Verhalten Griechenlands zu den anderen Staaten würde bedroht sein, wenn der König auf den Thron verzichte.

Berlin, 6. September. Der Polizeipräsidium von Berlin, Ernst v. Sinner, am gestern früh 2 Uhr an den Folgen eines Rehkopfstoßes und einer Langenentzündung gestorben.

Augsburg, 6. September. (S. T.-B.) In der Kaserne des 4. Feldartillerie-Regiments brach gestern Nacht infolge Explosiv einer Lampe Feuer aus. Das Zimmer brannte vollständig aus. Zwei Soldaten, die vom zweiten Stock auf die Straße sprangen, wurden lebensgefährlich verletzt.

Helsingør, 6. September. Der dänische Dampfer "Fjord" ist auf der Reise von Odessa nach Kopenhagen früh in der Nordsee infolge Verschiebung der Ladung 80 Meter von Odessa gesunken. Sechs Mann der Besatzung wurden von einer schwedischen Bark aufgenommen und in Helsingør heute an Land gevest. Der Kapitän und die übrigen neun Männer der Besatzung sowie ein Passagier werden vermisst und sind wahrscheinlich umgekommen.

London, 6. September. (S. T.-B.) Daily Telegraph meldet aus Konstantinopol: Der Außenminister prüft augenblicklich den Plan einer französischen Eisenbahn von Adrianopel nach Sina. Diese soll auch den Bosporus auf einer Brücke durchqueren.

Paris, 6. September. (S. T.-B.) "Matin" meldet aus Madrid: Der Dampfer "Sevilla", der in Begleitung des Kreuzers "Numancia" in Alhucemas eingetroffen war, um den Platz zu vertröpfen, ist von Marinier beschossen worden, möglicherweise verdeckt und sind vermisst und sind wahrscheinlich umgekommen.

Wasserstandsnachrichten der Oder.

Zeit	1.9	2.9	3.9	4.9	5.9	6.9	7.9	8.9	9.9	10.9	11.9	12.9	13.9	14.9	15.9	16.9	17.9	18.9	19.9	20.9	21.9	22.9	23.9	24.9	25.9	26.9	27.9	28.9	29.9	30.9	31.9	1.10.	2.10.	3.1

Gretz, den 10. September:
Mühle-Vortrag im großen Saal.
Sonntagsabend, den 11. September:
Verband der Schuhleute. Stiftungsfest im großen Saal.
Buchbinderei. Versammlung. Zimmer 1.
Leberarbeiter. Versammlung. Zimmer 2.
Postdienst. Versammlung. Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste Sozialabend
des Sozialdemokratischen Vereins ist Montag, den 18. September,
Abends 8 Uhr, in der 1. Distrikts- und Bezirksschule.

Stadt-Theater.

Die Ausgabe der
Abonnements

für die erste Hälfte der Spielzeit
findet täglich von 10—2 Uhr in der
Rehdentheater des Stadt-Theaters statt.

Lobe-Theater.

Montag 7. Uhr
„Nur ein Traum“.
Dienstag 7. Uhr
„Romantische Mischung“.
Freitag
„Liebelei“.
Samstag 7. Uhr
„Clavigo“.
Sonntag
„Die Mischbildungen“.

Schauspielhaus

Montag bis Freitag geschlossen.
Samstag 8 Uhr
Die Kinder der Exzellenz.

Liebich's Etablissement.

Heinrich Prang, Hedi Hardins
und das vänionenale
September-Programm!
Montag 7. Uhr.

Viktoria-Theater.

Das grosse
Eröffnungs-
Programm.

12 Schlager 12

Montag 7. Uhr.
Sonntag abend gäutig.

Scaria, Sommertheater

Wittenstraße 27.
Täglich abende 8.5. Uhr
Großer Erfolg!

Tagebuch einer Veriorenen.

Wond täglich gültig!

Zeltgarten.

Dr. H. Krollsk.

Damen- Ringkampf-

Konkurrenz!

10 Ringkämpferinnen!

Samstags:

3 Sensationskämpfe.

Zeigt die brillanten

Spezialitäten.

Vierpreise

à Glas 15 Pf.

Einheits 3 mal wöchentlich.

Montag, Mittwoch, Freitag.

10 Pf. 12 Pf. 15 Pf.

18 Pf. 20 Pf.

22 Pf. 25 Pf.

28 Pf. 30 Pf.

35 Pf. 38 Pf.

42 Pf. 45 Pf.

48 Pf. 50 Pf.

55 Pf. 58 Pf.

62 Pf. 65 Pf.

70 Pf. 75 Pf.

78 Pf. 82 Pf.

85 Pf. 90 Pf.

92 Pf. 98 Pf.

100 Pf. 108 Pf.

110 Pf. 118 Pf.

120 Pf. 128 Pf.

130 Pf. 138 Pf.

140 Pf. 148 Pf.

150 Pf. 158 Pf.

160 Pf. 168 Pf.

170 Pf. 178 Pf.

180 Pf. 188 Pf.

190 Pf. 198 Pf.

200 Pf. 208 Pf.

210 Pf. 218 Pf.

220 Pf. 228 Pf.

230 Pf. 238 Pf.

240 Pf. 248 Pf.

250 Pf. 258 Pf.

260 Pf. 268 Pf.

270 Pf. 278 Pf.

280 Pf. 288 Pf.

290 Pf. 298 Pf.

300 Pf. 308 Pf.

310 Pf. 318 Pf.

320 Pf. 328 Pf.

330 Pf. 338 Pf.

340 Pf. 348 Pf.

350 Pf. 358 Pf.

360 Pf. 368 Pf.

370 Pf. 378 Pf.

380 Pf. 388 Pf.

390 Pf. 398 Pf.

400 Pf. 408 Pf.

410 Pf. 418 Pf.

420 Pf. 428 Pf.

430 Pf. 438 Pf.

440 Pf. 448 Pf.

450 Pf. 458 Pf.

460 Pf. 468 Pf.

470 Pf. 478 Pf.

480 Pf. 488 Pf.

490 Pf. 498 Pf.

500 Pf. 508 Pf.

510 Pf. 518 Pf.

520 Pf. 528 Pf.

530 Pf. 538 Pf.

540 Pf. 548 Pf.

550 Pf. 558 Pf.

560 Pf. 568 Pf.

570 Pf. 578 Pf.

580 Pf. 588 Pf.

590 Pf. 598 Pf.

600 Pf. 608 Pf.

610 Pf. 618 Pf.

620 Pf. 628 Pf.

630 Pf. 638 Pf.

640 Pf. 648 Pf.

650 Pf. 658 Pf.

660 Pf. 668 Pf.

670 Pf. 678 Pf.

680 Pf. 688 Pf.

690 Pf. 698 Pf.

700 Pf. 708 Pf.

710 Pf. 718 Pf.

720 Pf. 728 Pf.

730 Pf. 738 Pf.

740 Pf. 748 Pf.

750 Pf. 758 Pf.

760 Pf. 768 Pf.

770 Pf. 778 Pf.

780 Pf. 788 Pf.

790 Pf. 798 Pf.

800 Pf. 808 Pf.

810 Pf. 818 Pf.

820 Pf. 828 Pf.

830 Pf. 838 Pf.

840 Pf. 848 Pf.

850 Pf. 858 Pf.

860 Pf. 868 Pf.

870 Pf. 878 Pf.

880 Pf. 888 Pf.

890 Pf. 898 Pf.

900 Pf. 908 Pf.

910 Pf. 918 Pf.

920 Pf. 928 Pf.

930 Pf. 938 Pf.

940 Pf. 948 Pf.

950 Pf. 958 Pf.

960 Pf. 968 Pf.

970 Pf. 978 Pf.

980 Pf. 988 Pf.

990 Pf. 998 Pf.

1000 Pf. 1008 Pf.

1010 Pf. 1018 Pf.

1020 Pf. 1028 Pf.

1030 Pf. 1038 Pf.

1040 Pf. 1048 Pf.

1050 Pf. 1058 Pf.

1060 Pf. 1068 Pf.

1070 Pf. 1078 Pf.

1080 Pf. 1088 Pf.

1090 Pf. 1098 Pf.

1100 Pf. 1108 Pf.

1110 Pf. 1118 Pf.

1120 Pf. 1128 Pf.

1130 Pf. 1138 Pf.

1140 Pf. 1148 Pf.

1150 Pf. 1158 Pf.

1160 Pf. 1168 Pf.

1170 Pf. 1178 Pf.

1180 Pf. 1188 Pf.

1190 Pf. 1198 Pf.

1200 Pf. 1208 Pf.

1210 Pf. 1218 Pf.

1220 Pf. 1228 Pf.

1230 Pf. 1238 Pf.

1240 Pf. 1248 Pf.

1250 Pf. 1258 Pf.

1260 Pf. 1268 Pf.

1270 Pf. 1278 Pf.

1280 Pf. 1288 Pf.

1290 Pf. 1298 Pf.

1300 Pf. 1308 Pf.

1310 Pf. 1318 Pf.

1320 Pf. 1328 Pf.

1330 Pf. 1338 Pf.

1340 Pf. 1348 Pf.

1350 Pf. 1358 Pf.

1360 Pf. 1368 Pf.

1370 Pf. 1378 Pf.

Wieder Besuch wird vom internationalen Schiedsgericht und auch von den Vertretern der angegriffenen Länder für möglich gehalten.

Ein französischer Vorschlag, der das Studium des Esperanto als internationale Umgangssprache verlangt, wird als Wunsch aufgenommen.

Als internationaler Streit wird gegen einstimmig abgestimmt. Die nächste internationale Konferenz soll 1911 in Budapester stattfinden.

Es gelingt dann noch ein Streit zwischen den Parteien deutsch Gewerkschaftsvereins zur Verlesung, in dem gegen die von französischer Seite erhobenen Vorwürfe entschieden protestiert wird.

Darauf wird um 1 Uhr die Konferenz geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Parteitag nahm eine Parteiversammlung in Berlin eine Stellung. In der Sitzung wurden nur einige Punkte mehr behandelt, darunter die Unabhängigkeit und die Wahlberatung. Der Referent, Genosse Ries, hieß es für geboten, daß die beruflichen Streitigkeiten nicht wieder die großen politischen Fragen in den Hintergrund drängen. Es sei unbedingt notwendig, daß zur Frage der Reichsfinanzreform eine Stellung genommen werde, um die im Volle herrschende Eregung auszunehmen. Die Frage der Taktik auf die Lagesordnung zu sehen, wie ein Antrag Berlin wolle, sei überflüssig, die Loslösung der Wahlberater habe nicht die Bedeutung, die man ihr beimesse. In der Wahlfrage solle man es einmal mit der neuvergleichlichen Vereinigung versuchen. In der Diskussion führte unter anderem Genosse Simon aus, die Reichsfinanzreform auf dem Parteitag zu behandeln, habe Schwierigkeiten, da kein Zusammenschluss des Parteitags gewollt sei. Es sei jedoch vorgeschlagen, um ein entsprechendes Referat zu halten. Die Frage der Taktik brauche nicht so ausgiebig behandelt zu werden, aber unbedingt notwendig sei es, zu einzelnen Vorkommen in der Partei Stellung zu nehmen und den Genossen, die sich in der vorliegenden Stellung befinden, zu sagen, daß sie darüber zu berichten haben, was sie tun. Geschlossen wurde, drei Delegierte nach Leipzig zu senden, und zwar die Genossen Simon, Schmidendorf und Schambacher.

Die Schwierigkeit wegen des Themas "Reichsfinanzreform" dünkt uns nicht so groß. Der parlamentarische Referent soll einfach diesen Teil seines Referats aus dem übrigen heraus und behandelt ihn als Einleitung zur Debatte gesondert. Eine Stundenlange Rede ist ja nicht notwendig.

Die Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlin, bei der 100000 Parteigenossen und die Mitglieder Bersteins am "Berliner Tageblatt" besprochen wurde, endete mit Annahme folgender Erklärung:

Die Versammlung erachtet es für notwendig, daß auch in Haushalt der Kassenkampf des Proletariats mit aller gründlichkeit und Kraft zu führen ist. Sie schlägt ferner, angeknüpft an den Kämpfen, die das deutsche Proletariat gegen die Reaktion führen, namentlich des alten Energie erfordern Kampfes um die Demokratierung des preußischen Wahlrechts in der angesetzten Beiratung der Parteiprogramme und Parteitaktik durch Parteigenossen eine schwere Schädigung. Die Partei erwartet von diesen Genossen, daß sie ständig in Reich und Land Glied des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, die Reaktion, führen. Zugleich ruft die Versammlung die Zukunft aus, daß die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften in Zukunft noch inniger als bisher gestaltet, daß insbesondere auch gemäß dem Fehlzug des Wandsheimer Parteitages, jeder Genosse es für seine Pflicht halten möge, die Gewerkschaften immer mehr mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen.

Die Annahme erfolgte mit allen gegen 2 Stimmen. Auf die Berichtigungen kamen wir noch zurück.

Der sozialdemokratische Verein Bremen beschloß in seiner letzten Versammlung, den Genossen Pannier als ständige wissenschaftliche Leitung anzustellen.

Eine dritte Kraft für das Arbeiter-Sekretariat wird Bremen gefunden. Die dritte Kraft soll nicht ausschließlich im Arbeiter-Sekretariat sondern auch bereitgestellt für die besonderen Aufgaben des Gewerkschaftsverbands tätig sein. Der Antritt soll baldmöglichst erfolgen. Bewerbungen müssen bis zum 1. Oktober beim Genossen Rudolf Ulrich, Bremen, Gutenbergstraße 29, eingereicht werden.

Wegen Belästigung zweier Grubenbeamten von Zeche Eintracht-Zielbau wurde der Genosse Tietzner als Verantwortlicher Redakteur des "Bogumer Volksblattes" vom dortigen Schwurgericht zu 100 Mark Strafe verurteilt. Er hatte aus Anlaß eines Unfalls auf gespannter Zeche, bei dem ein Bergmann ums Leben gekommen, geschrieben, daß das Unglück nicht hätte kommen können, wenn alles in Ordnung gewesen wäre. Zugleich war mitgeteilt worden, daß die Bergleute sich über eine alte Mängelübertragende Antreiberei des betriebsleitenden Beamten beschwert hatten. Obwohl das letztere erwiesen wurde und fest steht, daß die Antreiberei die Verzweigung von Grubentüpfeln zur Folge hat und obwohl hin-

ausführlich der Bemerkung über die mangelhafte Ordnung keine Namen genannt waren, kam das Gericht doch unter Verlogung des Schutzes des § 193 zur Verurteilung nicht nur wegen Belästigung des Richters, sondern auch wegen Belästigung eines Richtersteigers und des Betriebsleiters.

Arbeiterbewegung.

Nachrichten vom Gewerkschaftsstreit. 17 Minuten lang distanzierte das Schiedsgericht Straßburg i. C. am 31. August & Sitzern wegen Körperverletzung zu. Die Richter hatten sich nach Beendigung des Maschinisten- und Helferstreites auf dem Rheine an einem Streitbrecher vergriffen. Der Arbeitsschwelle provozierte die Leute, indem er in höchster Weise von ihnen Heuer zum Angeln seiner Zigarette verlangte. Die Angestellten, die das Anlinnen als eine Verabschaffung ansahen, übten Vergeltung, da sie sich tödlich vergriffen. Sie wurden deswegen zu 6, 5, 4 und 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Streit der Holzarbeiter in Eisenburg. In Eisenburg sind die Tischler, Maschineneinrichter und Drechsler ausständig. Eisenburg ist für die Möbelindustrie infolge der noch recht ungünstigen Arbeitsbedingungen ein gefährdetes Konkurrenzgebiet. Die dortigen Unternehmer haben nicht nur jede Verbesserung für die Arbeiter abgelehnt, sie sind auch gleich mit der Entlassung vorgegangen. Vorzug wird gewarnt.

Holzarbeiterstreit in Mannheim-Ludwigshafen a. Rh. Bei den Schreinern und Maschineneinrichtern in Mannheim-Ludwigshafen a. Rh. ist es um Streit gekommen. Die Unternehmer wollen die Belegschaften davon abhängig machen, daß zugleich auch mit über einen Vertrag für Frankfurt a. M. verhandelt werde. Diese Bedingung wurde schon aus dem Grunde abgelehnt, weil die Frankfurter Unternehmer bisher sich nicht als vertragstreuen erwiesen haben, denn sonst hätten sie im vorigen Jahre den aus den Leipziger Verhandlungen hervorgegangenen Vertrag anerkannt; dies ist aber nicht geschehen, obwohl selbst der Vorstand des Arbeitgeberverbandes wiederholt dahingehende Versuche gemacht hat. Am Streit sind ca. 750 Arbeiter beteiligt. Nach den beiden Städten ist Brutto etwa sechzig.

Zur Beachtung für Buchbinde. In der Blattprägerei von Fall u. Comp. (Jub. Orla) in Cottbus bei Dresden, steht ausdrücklich der Differenz halber das gesamte Personal in Klubung. Wir bitten, das zu beachten und Zugang freizuhalten, sowie für weitere und schnelle Verbreitung Sorge tragen zu wollen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. September.

Geschichtskalender.

7. September.

1831 Der französische Bühnendichter Saïdou *.

Zu einem großen Volksfest

gestaltete sich das Gartenfest, das der Arbeitersängerbund am gestrigen Nachmittag im weiten Garten des "Leinenkellers" feierte. Vom Königspalast bis zur Stadtgrenze zog sich durch die langen Verlehrbäder ein dichter Zug von Proletariern mit Weib und Kind, die alle dem schönen Garten zuströmten, in dem pünktlich um 4 Uhr das Konzert der Ritterlichen Kapelle begann. Nach und nach wurde der Andrang trotz des großen, zur Verfügung stehenden Raumes geradezu bedrängend und es mußte als ein gutes Zeugnis für das Organisationstalent der Festveranstalter angesehen werden, daß alle Arrangements trotz der ungeheuren Menschenmasse — es werden mit Kindern wohl 10.000 Menschen anwesend gewesen sein — ohne Eitelkeit klappten. Besonders gilt das auch von den Massenköpfen, die im zweiten Teile mit "Der Menschheit Erwachen" kräftig einsetzten. Am vollkommensten gelangen die Volkslieder "Zu Straßburg", "Das Wandern ist des Müllers Lust" und "Im Kreis zum grünen Krause", wenn wir auch bei den ersten Versen des letztgenannten Liedes ein etwas flotteres Tempo gewünscht hätten. Der vielgekliderte Chor "Sturm" konnte sich in dem starken Geräusch der Menschenmenge nicht genügend starken Eindruck verschaffen, für diesen Fall war die Orchesterbegleitung bei den übrigen Chören wie geschaffen, um die nötige Resonanz herzustellen. Die ungünstige Stellung der Kapelle zum Dirigenten machte allerdings das genaue Takthalten zu einem schwierigen Kunststück, es gelang aber im großen und ganzen ohne erhebliche Differenzen. Bei der "Internationale" hätte das Orchester noch etwas zurückhaltender sein können. Um das Podium hat-

sich eine dicke Masse von Zubehör aufgestellt, die die Darbietungen des über 600 Mann starken Chores unter Leitung seines Herrn Vogel mit Aufmerksamkeit und nach dem guten Gelingen mit großem Beifall aufnahm. Man hatte Bedenken gehabt, ob der viel schwächere Frauen- und Mädchenchor "Frosch" würde durchdringen können, die Bedenken erwiesen sich als überflüssig, bei der respektvollen Ruhe des Auditoriums lamen auch die von Herrn Vogel dirigierten Frauen voll und deutlich zu Gehör und erzielten den gleichen Erfolg. Der Abend zeigte sich viel zu schnell herab und der Abschluß, an dem mehr als 2000 Kinder beteiligt waren, konnte schon vor 8 Uhr seinen schillerigen Weg durch den Garten antreten. Den Abschluß, der durch allerhand weitere Darbietungen recht reichhaltigen Festes bot das von Herrn Kunsteuerwerker Schmidt ausgeführte "Freuerwehr", das sich unter dem nachschwarzen Himmel prächtig ansetzte und bei Proletarierkindern, die desgleichen nur selten leben, helle Freude auslöste. Nicht unerwartet soll bleiben, daß der Gastwirt den Wünschen der Leiter in freundlicher Weise nachgekommen ist und das Bier in 4 Bierhälften (so lange der Vorrat reichte) anmachte, auch für die Bedürfnisse der Kinder (Milch, Kaffee, Brause) Sorge getragen hatte, wenn auch die Bedienung in manchen Teilen des überfüllten Gartens viel Schwierigkeiten machte. Wenn der Himmel am Vormittag einige Tropfen fallen gelassen und dadurch den Stock etwas gebunden hätte, der sich bei der starken Menschenbewegung bilden mußte, hätte er dafür viel Dank geertet. Bielecki Wurst in Biskuit wenigstens die Hauptwege des Gartens vor dem Fest stark besprengt werden, um das Vieh zu beheben. Die Plätze draußen auf der Wiese litten übrigens darunter nicht. Auch mit einer Verleihung des Gesangspodiums aus den Tischreihen heraus, an die hintere Baumwand des Gartens, wird man sich bestimmt müssen, um für Sänger und Hörer den Genuss zu erhöhen. Dies einige Anregungen für die Zukunft.

Alles in allem bewies der gestrige Tag die hohe Werthschätzung und Freundschaft, die sich der Arbeiter-Sänger-Bund, männlicher und weiblicher Teil, im Breslauer Proletariat erworben hat. So viel Menschen bringt so leicht ein Verein auf die Beine.

Dabei waren außerdem im Gewerkschaftshaus noch 1100 Genossen und Gewerkschafter versammelt, die sich an der Registration der Frau Wallotte erbauten, auf welche wir noch an anderer Stelle zurückkommen.

Die Bierszene in Breslau

erfuhr eine weitere Bedeutung durch die Verhandlungen einer Interessenten-Organisation. Der Verein Breslauer Gast- und Schankwirte beschäftigte sich nämlich in seiner in Bohlauowitz abgehaltenen Monatsversammlung auch mit der von zahlreichen Gastwirten in letzter Zeit wieder eingeführten Bierpreiserhöhung.

Der Vorstand hatte, wie mitgeteilt wurde, entlastet der Biersteuererhöhung, an das Generalkommando des 6. Armeecorps das Ersuchen gerichtet, daß in sämtlichen ihm unterstellten Militärlakantinen die Bierpreise entsprechend dem Gutsauspräfel erhöht würden. Ein ähnliches Schreiben sei an die Eisenbahnbahnhöfe, betreffend die Bierpreiserhöhung auf den Bahnhöfen, gerichtet worden. Krankenhauslärkte teilte hierzu mit, daß die Militärbahndirektion den Preisen für drei Bierhälften auf 11 Pf. für vier Bierhälften auf 12 Pf. sowie für die Flasche Bier auf 15 Pf. festgesetzt habe. Beider Hälften alle Gastwirte in der Nachbarschaft von Krankenhauslärkten für eine Flasche Bier auf 18 Pf. erhielten. Den Krankenhauslärkten sei insgesamt aus Konkurrenzgründen nichts anderes übrig geblieben, als auch mit dem Preise herunterzugehen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde der Vorstand darauf hingewiesen, daß die Preise aller bürgerlichen politischen Parteien, die gerade für die Brauereierhöhung gestimmt hätten, sich mit der Bierpreiserhöhung recht eingehend, als den Gastwirten nicht wohlwollend, beschäftigt habe. Er rechtfertigte die von dem Brauereibeanspruchte Bierpreiserhöhung, denn die minder gut situierter Brauer könnten die neue Last nicht ertragen. Ebenso wenig seien dies die Gasträume imstande, zumal alle Lebensbedürfnisse im Preise gefestigt seien. In Rücksicht auf die kostspielige Lebenshaltung suchten die Arbeiter höhere Würde zu erringen und den Beamten seien zum Tell recht annehmliche Gehaltserhöhungen bewilligt worden. Nur der Gastwirt sollte seine Lage nicht verbessern, ja er sollte noch neue Lasten auf sich nehmen. Ferner rechtfertigte Herr Niedel das Verhalten der Genossenschaftsbrauer, die den erhöhten Preis nicht aufrechterhalten könne, nachdem von den "Ringbäuer-

en" aufgefordert worden war, die Bierfassungen zu verkaufen, die bei der Ausstellung wieder vor noch nach der Tafel eine besondere Erregung wahrgenommen haben. Dagegen beruft sich Rechtsanwalt Bahn (Berlin), der die Verleidigung hält, auf eine Reihe von Zeugen, die befunden haben, daß die Angeklagte zur kritischen Zeit fortwährend sehr erregt gewesen ist. Zu der vor dem Schwurgericht zu Güstrow stattfindenden Verhandlung werden etwa fünfzig Zeugen geladen werden.

Die deutschen Parlamentarier bei Reichenbach. Die Reichstags- und Bundesratsmitglieder sind in Friedenshäusern empfunden, um den Freunden zu ehren und seine ehemaligen Arbeitskollegen zu befehligen. Alle Parteien waren vertreten und alle Parteien nahmen in Gruppen an den Ausschlägen im B. III teil. Das Zentrum enthielt 68 Herren, darunter Spahn, Rothen, Heim, Schröder, Faber und Seeger, die Nationalsozialisten 35, darunter Rößler, Göring, Dr. Heine, Dr. Janus, Rausche und Schröder, die Reichspartei 14, die Freiheitsvereinigung 13, die Bollspitzer 10, die Konservativen 31, Polen 9, Reformpartei 3, letztere Fraktion angehörig 9. Die sozialdemokratische Fraktion war durch 17 Mitglieder vertreten, von denen wir bisher die Namen folgender Genossen wissen: Heinrich Horn, Willrich, Ledebur, Schatz, Sachse, v. Bölling, Hilbenbrand, Böhme und Fischer. Die Partei leitete zum Teil Graf Zeppelin selbst. Nach dem Aufmarsch wurden die Reichstagsbesitzungen und gegen Abend vereinigten sich die Reichstagsabgeordneten und unter Vorstand einer Pfarrkirche und des Grafen Zeppelins machten die Reichstags- und Bundesräte. Demnach steht es unten an, ob diese mit genügend wogen können zu sein.

Wie aus noch hierzu gemeldet wird, haben die sozialdemokratischen Abgeordneten an dem Diner nicht teilgenommen.

Die Abreisebehinderung in Aiel und nicht geringer als unzulänglich angesehen wurde. Die Untersuchung hat ergeben, daß nicht nur eine Kapitän-Pfeife, die den Kapitänen der Heinrich befehlt, entzogen werden darf, sondern auch die unzulänglich eingeschlossenen Abreisebeamten der wichtigsten Kaufleute in Karlsruhe, Breslau und Jacobshof. Auch diese Dokumente sind verbotenes Geschäftsmaterial für die jahrelang betriebenen großen Handelsbetriebe. Die Schriftsteller sind gewiss aus den Alten bestreitbar, daß die Wiederholung der Aiel eine Belohnung von 500 Mark ausreicht.

Hier wegen Besuch der Universität verhindert Geschäftsmaterial, das noch nicht wieder entzogen werden darf. Hierbei ist der Geschäftsmaterial bestreitbar, daß seit einer Reihe von Jahren bestreitbar ist, den Gang der Untersuchung, in der die Geschäftsmaterialien zu untersuchen, um allen zu Gewissenhaftigkeit zu erziehen.

Verbrechen in der Markose. Vor dem Hohen Rat des Niedersachsen wurde soeben ein Prozeß entschieden, der, wie aus dem Haag geschrieben wird, ebensoviel Unwillen gegen den Verurteilten, wie Mitleid mit seinem Opfer hervorgerufen hat. Eine Lehrerin, die am 24. Dezember 1907 zu dem Haager Bahnamt Hamburg gekommen war, um sich ein neues Gebiß anpassen zu lassen, war von dem Bahnarbeiter während der Markose missbraucht worden. Am 21. September 1908 wurde die Dame von einem Kunde entbunden. Der Haager Gerichtshof verurteilte Hamburg, der die Dame sittlich und auch in ihrem Berufe angesehen hatte, zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren. Gegen dieses Urteil legte der Bahnarbeiter Berufung ein, die aber von der zweiten Instanz und jetzt auch vom Hohen Rat verworfen wurde. Das Urteil ist somit rechtskräftig geworden.

Am Grabe seines Neffen. Nach alter Gewohnheit ist der pensionierte Major der nordamerikanischen Bundesarmee, George Tate, der jetzt als Steuerbeamter in New York beschäftigt ist, auch in diesem Jahre zum Jahrestag der Schlacht am Gettysburg gereist, wo sein Vater im Kampf abgeschossenes Bein auf dem Schlachtfeld unter einem Denkmal begraben liegt. In jedem Jahr bis jetzt hat Major Tate die heilige Stätte verklärt, persönlich eine rote Rose auf dem Grabe seines verstorbenen Vaters niedergelegt.

Ein bissiges Gutachten. Man schreibt der "Frank. Rtg." auf dem Dampfer "Santa Lucia" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft war im Hafen von Peruanus bei der Reparatur des Schiffes ein Unglücks vor dem Seeamt geäußert worden. In der Reparatur des Schiffes ein Unglücks vor dem Seeamt geäußert worden sei. Die Qualität des Brennstoffs muss nun recht viel zu wachsen übrig gelassen haben, die Kohle war so fein und feinkörnig, daß das Hamburger Stahlaboratorium schrieb: "Es handelt sich nicht um eine Kohle zu große, sondern um eine Mineraliensammlung, und das Seeamt sollte nicht Chemiker, sondern Geologen um ihre Ansicht befragen."

Literatur.

"Der Bibliothekar", Nummer 6, ist soeben erschienen! Die Nummer enthält: Über die verschiedenen Arten von Katalogen. - Handbücher von P. Heinz, Berlin. - Ein Bissches Erinnerung. - Zur Frage einer Konferenz der Bibliothekare von H. Stahl, Köln. - Der Bibliothekar. - Notizen und Gesprächsaal.

liche oder Handelsbetriebe und für öffentliche
Höfe u. a. behafteten Vorrite. Ausgeschlossen von der Nach-
steuer sind die bereits in Benutzung gewesenen Glühlampen,
Glühstrümpfe usw. Der Nachsteuer unterliegen die Vorrite von
demontirten, der sie beläuft oder in Gewahrliege hat. Sie sind
spätestens am 7. Oktober bei der zuständigen Steuerbehörde
an zu melden. Anmuthungsverbruch werden von den Steuer-
stellen unentgeltlich abgewehrt. Um den Anmelsbedarfbruch her-
vorr Angaben verlangt über den Raum, in dem die Vorrite
sagen, über d. Art der Beleuchtungsmittel, über die Stückzahl
der Glühlampen, Glühstrümpfe usw. und über das Gewicht des
Brennstoffe zu Bogenlampen. Für elektrische Glühlampen und
Quecksilberdampflampen ist die Wattzahl, die der Gebrauchs-
spannung entspricht, oder die Kerzenstärke anzugeben. Die an-
gemeldeten Vorrite werden einer Nachprüfung durch die Steuer-
behörde unterzogen. Unterstreichungen der Nachsteuer werden ge-
mäß den gesetzlichen Vorschriften geahndet.

Weiter schreibt das Blatt: Nach dem 1. Januar 1909 werden alle Waren, die im Bestell- oder Versandhandel unterliegen, zu 30% auf den Wert des Bruttowertes erhöht. Dies gilt für alle Waren, die nicht im Betriebe eines Betriebes oder einer Firma hergestellt werden, sondern zum Beispiel von Händlern, Konsumenten, Dienstleistern usw. gehandelt werden. Als Händler im Sinne der genannten Vorschrift sind alle Personen anzusehen, die Güterwaren in größeren Mengen eingekauft haben, um sie nach dem 1. Oktober wieder zu verkaufen. Der Nachsteuer unterliegen auch die Güterwaren in den Automaten usw., und die, welche sich in den Privaträumen der Händler, Wirtshäusern, Bäckereien, die sich am 1. Oktober im Besitz von Fleischhändlern, Käsehändlern und ähnlichen Fleischhändlern ohne seinen Betriebsstand befinden, bleibt ein Vorrat bis zu 200 Stück bei den zum Einzelverkauf bestimmten Schachteln von der Nachsteuer bestellt. Die zur Nachversteuerung verpflichteten Personen müssen ihre Vorräte spätestens am 5. Oktober 1909 bei der Steuerbehörde ihres Bezirks schriftlich unter Angabe der Art der Güterwaren, der Anzahl der Einzelpackungen und der in jeder Einzelpackung durchschnittlich enthaltenen Stückzahl sowie des Ausstellungsraumes anmelden. Vordrucke für Anmeldungen werden von den Behörden wenigstens geliefert. Unterzeichnungen der Nachsteuer werden nach den Strafverordnungen des Güterwarensteuerwesens geführt.

* Zum Streit der Hafenarbeiter. Im Hafenstand befinden sich 50 Mann, während sich nur sechs Arbeitwillige gefunden haben, die aber das Seamt nicht fett machen.

* Aus der Vor-Mag und Werte. Dr. Kellnerin Friedlein
Schille war in der Vor-Mag und Werte einige Monate tätig. Sie
ist entlassen worden, weil sie unbefugter Weise den Dienst verlaufen
hat. Die Dame hieß die Katharina Ida, für wenig ~~zweckmäßig~~
und so lange auf dem Platz des Schicksal, Bezeichnung für die auslaufende
Weis, Entwurf des 15. XII. 1891, eingetragen für die dreijährige
Rückgängigkeitsfrist 80,50 RM. Davon waren 10 RM sei Stempelgebühr.
Der Vertrag beartragte die Abholung der Flage, da entsprechender
Grund zur Entlassung vorliegen sollte. Es resultierte folgende Ge-
gebenheit: Am 20. August bei die Flagerin Abends 8 Uhr mit einem
Herrn ins Geschäft gekommen, den sie als einen alten Bekannten be-
stellt und habe gebeten, das Schloss abholen zu lassen, daß sie an
diesem Abend sich aus diesem Raum widmet. Das ist in überdrüssig
gestaltet worden, sie hat den ganzen Abend mit dem Herrn
säßen, der ja viel braungrau ist. — Am darauffolgenden
Tage sei die Kellnerin nicht ins Geschäft gekommen, erst am Sonn-
tag traf Abends 9 Uhr ein Telegramm ein, „treffe 10 Uhr in Dresden ein“. Die Flagerin war in der Zwischenzeit in Görlitz. Sie
habe nicht mehr arbeiten dürfen. Verkäufer glaubt, wenn eine
Kellnerin zwei Tage unentbehrlich von der Arbeit wegbleibt, so ent-
lassen werden dürfen. Das Gewerbebericht hieß die Entlassung
nur für berechtigt, die Einbehaltung des Kindes sofern als
unzulässig. Dagegen ist der Vertrag auch nicht berechtigt, die
Kinder nicht für die Krankenfasse und Invalidenversicherung
in Abzug zu bringen. Nur die gesetzlichen Abfälle, zwei Drittel der
Krankenfassenbeläge und die Hälfte des Invalidenbeitrags seien
abzugsfähig. Selbst wenn die Mädchen mit dem vollen Abzug ein-
verstanden sind, ist eine derartige Abmahnung ungerechtfertigt und nichtig.
Der Verkäufer habe an die Kellnerin 23 Mark zu zahlen, mit der
Rechtsforderung wurde sie abgewiesen.

* **Buschneider und Konfektionsfirma.** Die Konfektionsfirma Adier & Böllig möchte gegen den Kürschnerbetrieb Windau einen Schadenerlass in Höhe von 103,50 TRL geltend. Windau soll verständlich geworden sein, indem er bis auf monatliche Rundigung eine geistige Stellung ohne Aufklärung verlassen haben soll. Windau behauptete, er sei mit dem Prinzipal wegen eines Vorlesemisses in Differenzen gekommen und bei dieser Gelegenheit sei ihm bewusst worden, daß er seiner Wege gehen wolle. Die Kläger bestreiten dies. Der Konfektionär, der als Heuge vernoimt wurde, saß aus, der Verklagte habe seine Sachen zu' ammengebracht und die Stellung verlassen wollen. Er habe an ihm gefragt, was werten Sie da, ich werde es Ihnen Eher brechen. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Auftritt mit dem Chef anfangs der Woche vor sich gina, der Kürschnerbetrieb aber erst Ende der Woche die Brötch nüberreicht. Es war beim Verkäufer unverständlich, daß er dem Geschäft durch sein Fortzehen so großen Schaden zugefügt haben sollte. Die Firma bemerkte dazu, der Schaden sei durch das Aufrichten und dadurch entstanden, daß er dem Nachfolger höheres Gebot zahlen wolle. Der Kürschner wurde dem Klageanwalt gemäß verantwortet.

* Entlassung wegen angeblicher Unzuverlässigkeit. Der Kommerzmeister J. war bei der Eisenbeton-Gesellschaft „Sofat“ beschäftigt. Am Arbeitsverträge werden die Arbeitnehmer verpflichtet, bei der Arbeit stets nüchtern zu bleiben. Betriebsverordnungen und das mit Einstellung verbundene Verbot erlaubten es dem Betriebsleiter, den Arbeitnehmern zu verbieten, alkoholische Getränke zu tragen und deshalb ist er entlassen worden. J. fragte die Verteidigung im Bergeg des 78. Stadtk. Da bemerkte, daß sei wohl richtig, daß er auch bei der Arbeit einen trinke, er wisse aber, wieviel er zu geben habe, wodurch vielmehr sei er bei der Einstellung bestimmt worden. Ein Sprung fand aus, der Richter habe sich an einem besseren Stande der Lage gewünscht Drogenabstinenz halten lassen, jedoch nur für 15 Minuten, so gern möchte er er nicht gewesen. Richter wurde mit seiner Aenderung abgesiegt. Daß Mann seine Pflichten nicht erfüllt habe, als Richter so bestimmen war, daß er nicht mehr arbeiten könnte, ist festgestellt aber sei, daß er bei der Arbeit Schnaps getrunken und nicht vollständig nüchtern zu halten.

* Ballotti - Ebenfalls im Gewerkschaftsbüro. Der vom
Reichsministerium bestellte Staatsrat von Frau Bismarck-
Ballotti - Berlin hatte sie noch nicht aufgetreten gel-
eckt zu Besuch zu treffen. Die Delegation hat bereits
die Anträge zu begutachten und wir lassen sagen, daß sie
von Ballotti überzeugt ist als eingeschätzter Politiker erachtet zu
werden. Sie spricht von Herrn Dr. H. M. Lüke,
Julia Wolff, Dr. Dohm, Otto Grusse, Willi-
helm, Hugo nicht direkt als Politiker, und als Chancier be-
sonders die Frau Wolff. Sie erwähnen auch: "Das Kind
der Schriftsteller" von Dr. Grusse, "Der Schriftsteller" von dem
selben Schriftsteller, "Das Geheimnis" von Gustav Claren,
"Märzen Lüderitz" und "Die Zeit" fanden großen Beifall.
Der R. P. Gitter ist ein Einzelheit, der gegen die Weisheit
und "Chartreuse parfaite" (Die Chartreux) verhältnismäßig
leiderlich und hat Störungssymptome von Schmerzen gezeigt. Die
Delegation am Dienstag war gestorben, so daß im moment die Innenministerin
und geschäftsführenden Staatssekretärin sich hier nicht mehr befinden konnten
oder waren. Der weigerte sich zunächst die Kugel, die am Dienst-
tag von einem Delegaten geschenkt wurde, sondern er ließ sich davon abweisen, und als
die Delegationssitzung beendet war, trat er wieder in den Raum und nahm
Ballotti in den Winkel eines Raumes mit H. Göttsche, der II. Generals in

Aus Schleifen und Rosen.

Gür Centrumswahlfräse!

Eine handliche Sammlung von 12 farbigen Flugblättern gegen
Sturzraub des Zentrums (mit Illustration), die von der Katho-
logagitatorin geschäfteleben sind, werden vom Parteisekretariat
Sau (C. Reulich, Neue Graupenstraße 6) gratis abgegeben.
Bestellungen sofort erwünscht.

Registrier und die städtische Armenfürsorge.

Die Armenbevölkerung der Stadt Wölfen hat an die Armen ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst darauf hingewiesen wird, daß die Zahl der zu Unterstützenden in sonst wichtigen Städten begrißlich und auch in diesem Sommer gestiegen ist, trotzdem die Arbeitsverhältnisse sich bessern und die Sozialer Zeit an sich eine Reduktion der Armenunterstützungen verhelfen müßte. Am 31. März wurden hierunter unterstützt 2165, außerordentlich 79 und mit Naturalien 10 Personen. Im August dagegen wurden laufend unterstützt 11, außerordentlich 108 und mit Naturalien 61 Personen. Es also eine merliche Steigerung in den Unterstützungen eintreten. Deshalb, so wird dann in dem Schreiben gefordert, sämtliche Armeplägefälle eingehend zu prüfen, insbesondere diejenigen Fälle, die infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Vorjahr neu hinzugetreten sind. Im Hinblick auf die Sozialer Zeit und die bessere Arbeitsgelegenheit soll unter einer Kürzung eines Herabsetzung der Zahl der Unterstützenden und der Höhe der gegebenen Unterstützungen angestrebt werden. In selbststen Fällen würde die Unterstützung zunächst einzurichten sein.

Dieser Gefäß her städtischen Behörde ist außerordentlich bedeutsam für die soziale Rücksicht und gilt der Polenerischen Verwaltung und für die Verständnis-fähigkeit und Herzlichkeit, mit der hier der Vermut gegenübergereitet wird. Denken Sie den Menschen also, die erst durch die Politik der Besitzerschaften ins Glend gestürzt wurden, soll ihr bishüher Liedes noch genommen werden, nur um die Reichen zu schonen, um es womöglich diesen noch in den Hals zu werfen. Denn die Stadt Bösen wirtschaftlich garnicht wo anders sparen zu können? Wir erwähnen hier das eine: für prunkvolle Feierlichkeiten, Festmärsche usw., mit denen die Bösen bei jeder Gelegenheit aufwartet, und bei der Wein in Städten steht, werden ungeheure Summen verschwendet; diese Lage, an denen stets Mitglieder der städtischen Verwaltung, auch diejenigen herabgedemütigt, teilnehmen, werden aus städtischen Festsälen, von den Steuergruppen der Alteingesessenen bestellt werden. Mögliche man hier nicht sparen? Die christliche Religion, auf die sich die besitzenden Klassen berufen, noch einen Stimme hat: ist es nicht die größte Sünde, die begangen werden kann, wenn man den Armenen ihr Vermut, um selbst schlemmen und prassen zu können? Haben die Reichen die Christliche Pflicht, für die Armenen zu sorgen?

Doch die Zahl der Ortsarmen in diesem Sommer nicht zu
vergessen ist, die mehr noch eine Annahme erschien hat, in
etwas für die verbessernde Entwicklung der wirtschaft-
lichen Krise. Diese sowohl, wie der vorige lange und
Winter haben zahlreiche Eglisengen vernichtet,
etwa 25 Familien aus tiefe Elend ge-
kommen. Und als im vorigen Winter die Arbeiterchaft Wosens
Einführung von Rottauensarbeitern drang, um die
eine große Arbeitslosigkeit verursachte Not zu lindern, ha-
tete Oberbürgermeister Dr. Wilms das Versprechen, daß diese
Arbeitsarbeitern baldigst in Angriff genommen werden sollen:
es Versprechen wurde nicht gehalten; man
hatte Arbeiterchaft geöffnet und dadurch das Elend und die
die über die Armen herabgestoßen sind, mitver-
dorben. Und zudem kommt man noch her und versucht,
die begangenen Fehler gut zu machen, den Armen noch
etwas, ihre städtische Armenunterstützung, zu nehmen! Das
Sozialpolitik einer Großstadt, und das ist die geprägte
Weltordnung mit ihrer christlichen Religion, die den
als gütlich: Den Armen wird's genommen und den Reichen

Echt freisinniges Geldenstücklein.

Am Sonnabend fand in Groß-Rosen bei Cielegau eine gut besuchte, von den Kreisvereinigungen einberufene Versammlung, in welcher ein Herr Rektor Uebelhag aus Freiburg über die neuen Steuern und der Bonner Flanerie referierte. Vorstehende machte darauf aufmerksam, daß nach dem Vortrage des Dissertators stattfinde, so daß also niemand den Redner abrufen brauche. Der Redner ging zunächst auf die neuen Steuergesetze ein, die und vor dem Auslande höchstens gemacht hätten begrüßt es, daß auch die Landarbeiter gegen die Verschlechterung Steuerpolitiken protestierten. Es steht die Rücksichtnahme der Arbeitnehmer für bedenklich, da die reichen Grundbesitzer und Ländereigentümer infolge der Sorgen um ihr Geld am meisten um Staate effekt sind. Das meinten zirka drei freisinnige Redner, der sich radikal geäußerte, auf die schwache Lage der Kleinbauern und Handwerker ein, verzog oder den Anwesenden zu erläutern, daß seine Partei die Vermögen der Armen mit 400 Millionenflüsse Steuern beladen und nur 100 Milliarden den Besitzenden aufzubürden wolle. Herausfordernde Bemerkung im Reichstag sei eine Schande. Bei diesem Wahl müssen Arbeiter, Bauern und Handwerker vereint in den Kooperationsvereinigungen und — einen freisinnigen der Bevölkerung im Reichstage bestimmen. Ein Sozialdemokrat ist es nicht sein, nur ein freisinniger könne die Interessen aller vertreten. Die vertragen Anhänger dieses freisinnigen Vorhfelden waren bestoff.

Bei der anfänglich schüchternen freien Diskussion meldeten sich auch die Genossen Dudenreuther - Dr. Reiten und Steinweitz - Tietzen zum Wort. Der freimaurige Referent erklärte, daß es doch zur frischen Freiheit habe, wenn jetzt noch Sozialdemokraten sprechen, denn er habe doch mit seinem Wort die Sozial-Partei erwidert. Die Sozialdemokraten seien hier nur Gäste, da bürgerliche Würde einverleben teilen. Er wolle aber trotzdem Ringersen Recht bewilligen (Wie gräßig!), wenn die Sozialdemokraten das Versprechen geben, seine Freiheit und die Tätigkeit der Freiheitsgenossen nicht in die Debatte einzuladen gebe, nicht kritisieren. Daß der Sozialdemokrat die Befreiung von der Anspaltung, Gen. Steinweitz will dazu hin, daß ja dann eine Definition gewünscht sei. Er könne es sich nicht nehmen lassen, neben den Konstituenten und sozialdemokratischen Parteien die Befreiung zu fordern. Wenn die Freiheit der Sozialdemokratie nicht erfüllt wäre, so liege das daran, wie in der Freiheit der Geschichts-Wissenschaft fortwährend gehalten sei, was ich für das nicht zu thun habe. Da sozialdemokratische Wörter wiederholt die Gegegn eingeladen, die sie aber nicht zum Wort melden.

Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Generalen
beider Hälften und dem Vorsitzenden wurde der Sen-
at nach der offiziellen Versammlung, die in hoher
Stimmung und ohne Schimpftausch stattfand, die Abstimmung
geöffnet, nicht freudig freudig und beweglich.
Auf diese sehr feindselige Verhandlung antwortete die
Regierung mit Entschließungen. Der Abstimmende fordete nun
die Generalversammlung auf, den Staat zu ver-
lassen, wenn man das Recht der fiktiven Wiedereinsetzung
nicht wiederherstellen kann.

lamb, durch Freiheitssache zu können kam, in jetzt den Kreis
früheren unangenehme zu hören. Es steht dem Kreisrat schlecht an,
über die hohen Militär- und Marinestaffeln zu klagen, nachdem ei-
jahr lang alles bemüht hat und die Sozialdemokraten,
welche ihre wahren Stimme erhoben, von ihm als
Rätsel den Bauern und Handwerkern vorgestellt wurden.
Wie unklar ist die Haltung des Kreisrathes gegenüber der Ein-
führung des allgemeinen freien und geheimen Wahlrechts, wie re-
aktionsärmer die Haltung gegenüber der Schule, und diese Lexie schimpfen
auf die schlechten Ratsidee im Reich.

Den Geistlichen bei Wahlkämpfen ist zu empfehlen, solche Christusversammlungen, zu denen nur katholische eingeladen werden, nicht zu besuchen; der Herr Rektor wird dann bald merken, daß das Interesse der Bövieren ihr Christus-Schlagwort nicht weit her ist. In Zukunft wird der fröhliche Maul-Rabinalist also vor leeren Bänken reden.

Bries, 6. September. 8 Uhr - Baden willig. Die Entzündung des 8 Uhr-Vadenschlusses scheint gestillt zu sein. Von 250 befragten Menschen erklärten sich 241 dafür, 14 dagegen. Die noch schlenden Gefährdungen hängen an dem Resultat nichts mehr an. Die Entscheidung liegt nunmehr bei dem Regierungspräsidenten.

Biegitz. 6. September. Noch einmal die königlichen Birken. „Nicht bei königlichen Birken wegen, schreibt der „P. A.“ sondern weil die Räuber auf den Damm vor dem Garten des Schlosses geflektet sind, ist dort ein Schupmannsposten aufgestellt. So lebt die Polizeiverwaltung mit“. — Auch das grenzt beinahe an Hochverrat!

Brüder, 6. September. **Milchkrieg.** Hier ist nicht nur im Krieg, sondern auch ein Milchkrieg entbrannt. Die Milchlieferanten glauben — da jetzt infolge der neuen Steuern fast alles im Preise steigt — sie müssen auch an dem Beutezug auf die Taschen der Konsumenten teilnehmen. Sie erhöhen den Preis für das Alter Wagermilch um einen Pfennig und für das Alter Vollmilch um zwei Pfennige. Die Hausfrauen wenden sich von unserer Parteipresse und den Parteigönningen aufgemuntert, ganz energisch gegen diese Vertierung. Brüderchen den Frauen und den Milchlieferanten kommt es oft zu ätzischen Aufritten. Ein Teil der Lieferanten gibt die Milch noch zum alten Preise ab. Eine von über 500 Personen besuchte Versammlung — darunter viele Frauen — zieht den Beschluss: Jede verteuerte Milch energisch zurückzuweisen.

Jannowitz, 6. September. Die gesuchte Exhumation.
Selbstmord durch Erdäpfeln beging der Fabrikarbeiter Heinrich
Kwarcet in Neu-Jannowitz. Schwarzer war in der hiesigen
Apfelplantage als Arbeiter beschäftigt und wurde wegen einer Fahr-
fehlung am Sonnabend entlassen. Er ging nach Hause und
ergab sich Vormittag auf die Wiese um Gras zu mähen. Am Mitt-
tag wurde er erschossen an einem Baum, dicht an der Wiese, auf-
gefunden.

Steinwitz, 5. September. Gemeinderatssitzung. In der letzten Sitzung wurde mitgeteilt, daß Albert Alletz wegen ergrauendes Seins Amt als Gemeindevertreter niedergelegt hat. Von einer Ersatzwahl wurde Abstand genommen, dagegen soll diese mit dem im nächsten Frühjahr stattfindenden Neuwahl verbunden werden. An Stelle des Friedhofs-Kassenverwalters Nuss, welcher sein Amt wegen hohen Alters niedergelegt hatte, wurde Amts- und Gemeindeschreiber Herr Ertel gewählt. Dem Gemeindedieneter und Nachbarn wurde die nachstehende Gehaltsentlohnung bewilligt. Außerdem wurde mitgeteilt, daß als Beihilfeshebamme vom 1. Oktober ab Frau Schröder aus Tambendorf, Kreis Striegau, praktiziert.

Genthin, 6. September. Ein gemeines Betrügen. Ende vorigen Monats erhielt der Fleischermeister Schwolow aus Schwientochlowitz einen anonymen Brief, in dem er aufgefordert wurde, bis zum 28. August in dem Keller seines Hauses 260 Mark zu hinterlegen, wobei zugesetzt seien beide Kinder vergiftet würden. Ch. ließ den Brief vollständig unbeachtet. Als am Sonnabend Nachmittag die beiden Kinder des Ch. vor der Tür spielten, kam ein gut gekleideter Mann an sie heran, unterhielt sich mit ihnen und gab schließlich jedem eine Tafel Schokolade, die sie natürlich verzehrten. Es darauf aber stellten sich bei beiden Kindern Erbrechen und Campfanzälle ein. Ein Arzt stellte fest, daß die Schokolade vergiftet war. Da sofort Gegenmittel angewandt werden, konnten die Kinder noch gerettet werden. Der Polizei gelang es am Sonntag, den Verbrecher zu verhaften, aber gleich bei der Festnahme gelang es ihm, wieder zu entfliehen.

Mossgau, 4. September. Schwerer Unfall. Auf der
eigenen Verunfallung wurde der 17jährige Viehdeßührer
Krause von einem ausschlagenden Vieh so unglücklich am Kopfe
geschlagen, daß ihm die rechte Stirnseite gelitten werden
sollte. Leblos mußte er in einem Traktor ins Krankenhaus geschafft
werden. Vom Hute ist ein tiefrotes Stück mit in die Wunde
eingeschlagen worden. Ob der Verletzte mit dem Leben davon
kamt, ist zweifelhaft.

Posen, 4. September. Eine neue halatistische Correspondenz. Unter dem Titel „Der Osten“ gibt der Professor an der Posener Akademie Dr. Höglund eine neue Korrespondenz heraus, welche ostmärkische Angelegenheiten und die Polenfrage vom deutischen Staadpunkte aus behandeln will. Eine ähnliche Korrespondenz, „Die Ostmark“, die von demselben Professor ausgegeben wurde, mußte vor einiger Zeit ihr Erscheinen einziehen, und es gehörte seine große Vorbeherrschung dazu, um vorzusagen, daß auch das neueste Unternehmen des betriebsamen halatschen Professors das gleiche Schicksal teilen wird. Denn die alte Germania ist tot, die Hebung des Deutschums, Stärkung des alten Gedankens usw. ist alles auf einen Ton gesimmt: aufzuhören. Unsere Germanisatoren und Halatisten geben für das Reichstum seinen Pfifferling, sie heben und pflegen es an, wenn etwas einbringt: und um dieses zu können, bedarf es gewiß keiner eiligen Anstrengungen, auch nicht der schönsten nationalen Korrespondenz, mög sie selbst von einem leibhaftigen Professor herausgeben sein. Die Haupträger sind und bleiben die diversen ostfriesischen Fonds.

Bromberg, 4. September. Aus den Geheimnissen
des Fleischerlabens. Ein Gesundheitspolizeibeamter ent-
nahm beim Fleischermeser A. Lusche zwei Proben Hackfleisch.
Auch war das Fleisch nicht einwandfrei; denn der Fleischer-
meister bot dem Beamten 20 Mark, wenn er keine Probe ent-
nahm. Wegen Beamterbestechung erhielt der Meister 50 Mark Gelb-
steine. Ob eine Bestrafung wegen des zweifelhaften Fleisches erfolgt,
noch dabin. — Der Gastwirt Röckel über in K.L.-Battel-
erhielt wegen Hackfleisch-Beträuschung 50 Mark oder 10 Tage
Haftstrafe. In diesem Hotel verlebten ausschließlich Arbeiter. —
Sonntag feierten die Gewerkschaften ein Gewerkschaftsfest in der
Schorlersdorf. Das Fest nahm einen betriebsähnlichen Verlauf.
Fünfzig von neu gegründetem Arbeitergenossenverein half durch
die Hände, welche wohlgelegten zum Vortrag gebracht wurden,
Fest bestädtigten.

Brieftafeln.

G. Baasen. Wegen krimineller Bedenken kann die Aufnahme
nicht erfolgen.

H. Weißfels. Die Wohnung muß am 1. Oktober Abends
leer sein.
H. G. Weißfels. Ja, er kann beiden Herrenen auskönnen.

G. Z., Wiesbaden. Ja, es kann beiden Vereinen angehören, Vorsicht ist nötig.
G. H., Bielefeld. Nach § 70 des Einkommensteuergesetzes sind Gewinn der Art militärischer Uebungen keine Steuern zu zahlen. Es sind also nur die Monate August und Juli steuerfrei.
G. D., Alte Kinder unter 14 Jahren, ob gekauft oder ungekauft, treten mit dem Eltern ohne weiteres auf der Straße aus: ein